

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummern 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Registrierung. Preisliste für 1893 unter Nr. 6700.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Berechnung im Verlaufs- und Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Ernst Speck. Aufsichtsrat: Amt I. Nr. 4186.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonnabend, den 14. Januar 1893.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Nothstands-Interpellation

hat durch den Streik im Saar-Kohlenrevier eine noch brennendere Aktualität erlangt, als der chronische, wenn auch noch so drückende und allgemeine Nothstand an sich verleihen konnte. Freilich ist dieser Ausstand nicht eine unmittelbare Folge des Nothstandes. Im Gegenteil, der Nothstand hat unzweifelhaft eher die Tendenz gehabt, von dem Streik abzuhalten, denn es liegt auf der Hand, daß der Entschluß, die Arbeit niederzulegen und für unbestimmte Zeit auf jede Einnahme zu verzichten, dem Arbeiter bei günstigen Arbeitsverhältnissen leichter sein muß, als bei ungünstigen. Wenn trotzdem die Arbeiter des Saarreviers in den Streik eintraten, so läßt sich auf die Kraft des moralischen Druckes schließen, der auf sie wirkte, und um so schwerer muß die Schuld derer erscheinen, die sie in den Streik, in die sichere Niederlage und das sichere Elend hineintrrieben. Die Debatte, welche sich an die Interpellation knüpfte, behandelte fast ausschließlich den Saarbrücker Streik. Und was der Debatte ein ganz besonderes Interesse verlieh, das war, daß sie die Vertreter der verschiedenen sozialen Systeme allesamt auf den Plan brachte und ihnen die Gelegenheit bot, ihren Anschauungen deutlichsten und schärfsten Ausdruck zu geben. In der Person des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe, Berlepsch, kam der in den Saarbrücker Kohlenwerken verwirklichte Staatskapitalismus, schändlichster Staatssozialismus genannt, klassisch zum Vorschein. In der Person des Herrn v. Stumm fand der private Großkapitalismus, in dem Fortschrittler Barth das Manifesto, in dem die Sozialdemokraten gegenüber. Ein ganz besonderes Interesse für uns haben die Auseinandersetzungen zwischen Herrn v. Stumm und Herrn v. Berlepsch. Während dieser das Vorgehen der Bergbehörden nach allen Richtungen hin zu rechtfertigen suchte, und alle jene Maßregeln und Praktiken, welche die Arbeiter in den Streik gefügt haben, rückhaltlos billigte und die ausgebeuteten Arbeiter der streikenden Arbeiter in Aussicht stellte, erhob Herr v. Stumm gegen die Regierung den Vorwurf des Mangels an Energie und übergroßer Milde in der Behandlung der Arbeiter.

Der preussische Staatskapitalismus steht zu dem stummschen Privatkapitalismus in demselben Verhältnis, wie die moderne konstitutionelle Monarchie preussischen Gewächses zu der alten absoluten Monarchie. König Stumm ist ein absoluter Monarch, er duldet keine Herren neben sich; Zuderkret und Reichs sind seine Zuchtmeister, und wer ihm in den Weg tritt, den zerschmettert er. Er ist ganz gutmütig — wenn er gut gelaunt ist, aber er ist ein strenger Herr, und was er noch heute dem „zu milden“ Staat nicht verzeihen kann, das ist: daß das Sozialistengesetz aufgehoben ist.

Und trotzdem können wir nicht sagen, daß wir den absoluten Privatkapitalismus des Königs Stumm für

schlimmer hielten, als den konstitutionellen Staatskapitalismus des Herrn von Berlepsch, wie er sich in dem Saarbrücker Nothstand und in der Nothstandsdebatte gekennzeichnet hat. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Januar.

Aus dem Reichstage. Die Fortsetzung der Nothstands-Debatte brachte heute zunächst eine Auseinandersetzung zwischen Freihändlern und Schutzöllnern. Die Sache der ersteren führte der Freisinnige Barth und für die Hochschützöllner und Agrarier legte Graf Ranitz eine Lanze ein. Wir die wir in diesem Streite die Rolle des unbetheiligten Dritten einnehmen, hatten die Empfindung der Donna Blanca, als sie ihr Urtheil über den Streit zwischen Mönch und Rabbi abgab. Als einer der Interessenten an den Vorgängen im Saarrevier verlas der Ober-Bergwerks-Direktor und Abgeordnete für Saarbrücken dann eine längere, mit griechischen Dichter-Sitaten und allgemeinen Sentenzen gespickte Rede.

Auer, der gegen 1/4 Uhr zum Worte kam, unterwarf in mehr als anderthalbstündiger, durch Beherrschung des Materials und Schlagfertigkeit ausgezeichnete Rede die Auslassungen der Vorredner, namentlich des Freiherrn von Stumm, und der beiden Regierungsvertreter Böttcher und Berlepsch einer ebenso eingehenden wie scharfen Kritik, führte an der Hand unanfechtbarer Thatsachen den Nachweis, wie die Arbeiter des Saarbrücker Kohlenreviers durch die Mißgriffe und Fehler der Behörden in den Streik hineingebängt worden sind. Herr von Berlepsch gerieth in eine hochgradige Erregung, und die Debatte, die morgen fortgesetzt wird, dürfte noch ziemlich lebhaft werden. Jedenfalls sind die Regierungsvertreter dem Herrn Stumm nicht dankbar dafür, daß er sich dazu hat hinreißen lassen, eine Debatte über den Saarbrücker Streik, der ja eigentlich vor den preussischen Landtag gehört, im Reichstage ermöglicht zu haben, wo die kapitalistischen Parteien nicht unter sich sind. —

Die Rede des Herrn v. Caprivi in der Reichstags-Kommission ist von den Blättern, u. a. von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ im Auszuge mitgetheilt worden. Das genannte offiziöse Blatt erklärt heute augenscheinlich auf höhere Anweisung, daß seine eigenen sowie die Mittheilungen anderer Blätter keinerlei Anspruch auf Authentizität haben, und nicht nur unvollständig seien, sondern auch theilweise erhebliche Mittheilungen und an einzelnen Stellen eine direkte Verfehlung der Worte des Reichstanzlers enthalten. Die „Norddeutsche Allgemeine“ ist wohl berechtigt, ihre eigenen Mittheilungen zu widerrufen; wie weit sie es gegenüber den Mittheilungen anderer Blätter ist, mögen diese mit ihr ausmachen; was

aber den Bericht des „Vorwärts“ betrifft, so ist derselbe zwar kurz, aber vollständig wahrheitsgetreu. —

Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht die Zollsätze, welche, nachdem das Handelsübereinkommen zwischen Frankreich und der Schweiz hinsichtlich geworden, nunmehr für die Einfuhr aus Frankreich und aus Deutschland in der Schweiz gelten. In einer Tabelle sind die beiden Zollsätze einander gegenübergestellt, sowie auch die Zahlenwerthe der von Frankreich und Deutschland im Jahre 1891 nach der Schweiz eingeführten Waaren. —

Von den Petitionen an den Reichstag ist jetzt das dritte Verzeichnis mit 4284 Nummern dem Reichstage zugegangen. Eine große Anzahl derselben spricht sich gegen Impfwang aus, eine Masse Petitionen richtet sich gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes. Viele Pastoren, Kirchenvorstände und Andere wenden sich gegen die Begünstigung der Vermietter von Wohnungen an Prostituirte in der lex Heinze. Gegen die Brausteuer und gegen die Herabsetzung des Kontingents der privilegierten Schnapsbrenner, sowie gegen die Erhöhung der Branntweinsteuer richten sich viele Petitionen. Die Ablehnung der Mittärorlage wird beantragt von einer Anzahl Petitionen. Auch die anderen dem Reichstage vorliegenden Gesetzentwürfe und Anträge bilden den Gegenstand zahlreicher Petitionen. —

Der Aufruf gegen die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe scheint bei vielen Regierungen gütliches Gehör zu finden. Die Erhebungen, welche der Regierungspräsident zu Kassel durch eine an die Verwaltungs- und Gemeindebehörden und die wirtschaftlichen Vertretungen gerichtete Verfügung anordnet, scheinen nur zu geeignet, den Widerstand gegen die Sonntagsruhe zu vermehren. Die Verfügung des Regierungspräsidenten stellt schon von vorne herein Beschränkungen der Sonntagsruhe auf Wunsch in Aussicht. Da wird es denn auch an Wünschen nicht fehlen. —

Der Saarbrücker Streik. Die Stellung der Sozialdemokraten zu dem Streik wird beleuchtet durch nachstehende Erklärung, die wir in der neuesten Nummer des „Glückauf“ finden:

Auf die vielen Anfragen, den jetzigen Streik betreffend, sei hier bemerkt, daß viel, sehr viel Ursachen auch bei uns dazu vorhanden wären, denn die Löhne können wahrhaftig nicht noch tiefer gedrückt werden, verdienen doch sehr viele nicht einmal ihren Schichtlohn, ja es giebt sogar Werke, wo die Arbeiter bei jedem Lohntag Rest haben. Statt daß sie zum Lohntag Geld erhalten sollen, möchten sie noch welches mitbringen, wo aber hernehmen und nicht fehlen. Und die Behandlung des Arbeiters ist fast noch nicht so brutal gewesen. Beschwerd' sich ein Arbeiter über etwas, so wird er abgelegt. Vertritt er die Rechte seiner Kameraden als Kassenvorsteher, jagt man ihn fort. Wird er als Arbeitervertreter in den Gemeinderath gewählt, setzt man ihn an die frische Luft, er ist ohne Kündigung arbeitslos, sowie alle diejenigen, die nur das Ge-

Blondet ließ sich durch die Unterbrechung nicht stören. „Das Glück eines sechsundzwanzigjährigen Menschen, der in Paris lebt, ist nicht das Glück eines sechsundzwanzigjährigen Menschen, der in Blois lebt“, fuhr er fort. „Wer deshalb auf die Unbeständigkeit der Ansichten schimpft, ist ein Schelm oder ein Nichtswisser. Die moderne Medizin, deren schönster Ruhmestitel es ist, seit 1799 bis 1897 aus dem Stadium der Vermuthung heraus eine positive Wissenschaft geworden zu sein und zwar dank des Einflusses der großen analytischen Pariser Schule, hat unzweifelhaft nachgewiesen, daß sich der Mensch in einer bestimmten Periode vollständig erneuert. . . .“

Virgion unterbrach ihn: „Ich sagte also, es gäbe gar verschiedene Lappen in dem Paradieskleide, das wir Glück nennen; meines Godefroid's Kleid hatte aber weder Löcher und Flecken.“

Ein junger sechsundzwanzigjähriger Mensch könnte Glück in der Liebe haben, — ich verstehe darunter, daß er nicht seiner blühenden Jugend, Begabung und Wohlgestalt wegen überhaupt, nicht, weil er es gerade ist, sondern ohne alle äußeren Gründe mit blinder, unwiderstehlicher Hingebung geliebt würde, — und dieser selbe Mensch könnte doch — es handelt sich hier freilich, um Roger-Gollard's Wort noch einmal anzuwenden, um die rein abstrakte Liebe — könnte doch, sage ich, recht gut auch nicht einen rothen Heller in der Börse haben, die das geliebte Wesen ihm gestiftet hat, könnte doch recht gut seinem Wirth die Wirthschaft, seinem schon erwähnten Schuster die Stiefel und seinem Schneider, dessen Bewunderung sehr rasch erkalten würde, die Röcke schuldig bleiben. Er könnte arm sein! Die Dürftigkeit zerstört dann sein Glück, wenn er sich nicht zu unserer erhabenen Ansicht von der „Verschmelzung der Interessen“ bekennt.

Feuilleton.

Manuskript verboten.)

4

Hans Anzingen.

Soziale Studie von H. de Balzac. Deutsch von Curt Baake.

Dann erfreute er sich noch des ungeschmälerten, gesunden Besizes aller Glieder, welche Winter Natur dem Mann verliehen hat: er hat keinen weissen Fleck auf der Hornhaut des Auges; er trug kein Toupet, keine falschen Waden; er hatte weder K- noch O-Beine; seine Knie waren nicht angeschwollen, das Rückgrat gerade, die Taille elegant, die Hände weiß und hübsch, die Haare schwarz, der Teint nicht zu hell und nicht zu dunkel. Die Hauptfache aber: Beau denord war auch wieder nicht zu hübsch, wie diejenigen unserer Bekannten, denen man es anmerkt, daß sie mit ihrer Schönheit prahlen, weil sie nichts anderes in die Waagschale zu werfen haben.

Er war ein guter Pistolenschütze und machte auf dem Pferde ausgezeichnete Figur. Er hatte sich auch schon mal wegen irgend einer Lumpetei geschlagen und seinen Gegner nicht geloddet.

Bekanntlich muß man auf die größten Kleinigkeiten des Lebens eingehen, wenn man lernen will, worin in Paris im neunzehnten Jahrhundert ein volles, reines, ungetriebenes Glück, und zwar das Glück eines sechsundzwanzigjährigen jungen Menschen besteht. So erfährt denn: sein Schuster hatte den richtigen Leisten für seinen Fuß geformt, seine Stiefel paßten und saßen elegant; sein

Schneider war von ihm begeistert und lieferte ihm wahre Kunstwerke. Godefroid schnarrte nicht beim Sprechen und schnitt weder auf noch liebt er Zweideutigkeiten; er sprach rein und richtig und verstand seine Kravatte so schön zu knoten, wie Finot.

Consin wurde, da er mit dem Marquis d'Aglemont verschwägert war, sein Vormund (er war nämlich vater- und mütterlose Waise, auch ein Glück); und so konnte er in der Finanzwelt verkehren und verkehrte auch da, ohne daß es ihm das Faubourg St. Germain übel genommen hätte. Glücklicherweise hat ja ein junger Mann das Recht, aus dem Vergnügen sein einziges Gesetz zu machen, dorthin zu eilen, wo man sich amüset und die düsteren Winkel zu meiden, wo der Kummer blüht.

Geimpft war er endlich auch, und zwar mit Erfolg (Du verstehst mich doch, Blondet?).

Trotz all dieser Tugenden hätte er sich sehr unglücklich fühlen können. Ja, ja, das Glück hat das Unglück, daß es etwas Absolutes zu sein scheint, und deshalb werden auch so viele Dummköpfe zu der Frage verleitet: Was ist das Glück? Eine geistreiche Frau meinte einmal: Das Glück ist da, worin man es sieht.

„Eine recht traurige Wahrheit, dieser Ausspruch“, meinte Blondet.

„Aber eine sehr moralische“, setzte Finot hinzu.

„Eine erzmoralische! Böse und gut, Glück und Unglück sind relative Begriffe“, erwiderte Blondet. „La Fontaine hoffte deshalb ja auch, daß sich die Verdammten mit der Zeit an ihre Lage gewöhnen und sich zuletzt in der Hölle ebenso wohl fühlen würden, wie die Fische im Wasser.“

„Die Philister kennen alle Sprüche La Fontaine's“, sagte Virgion.

ringie versehen. Wenn Arbeiter wegen irgend etwas zu Hause bleiben mussten und konnten sich nicht gleich entschuldigen lassen, hat man sie in neuerer Zeit ebenfalls sofort entlassen, ja man hat sogar solche arbeitslos gemacht, die nachweislich wegen Krankheit zu Hause geblieben waren, sogar wegen Wirthschaftsbesuch während der letzten Tage seiner Krankheit hat man einen Arbeiter sofort entlassen und außerdem noch 5 M. Strafe abgezogen. Und was das Eigenthümlichste ist, nicht ein Entlassener oder freiwillig Abgehender erhält auf einem andern Werke Arbeit, man nimmt lieber solche an, die von Bergarbeit noch nichts gesehen haben, da fragt man nicht nach dem Befähigungsnachweis. Was herrscht nicht für Noth und Mangel in den Arbeiterfamilien und was für fette Dividenden streichen die Herren nicht immer ein.

Man könnte ganze Bücher über diese Angelegenheit schreiben, denn Stoff liefern die Herren in Massen dazu und Ursache zu streifen gäbe es auch bei uns in Sachsen in Masse. Aber allen den in dieser Beziehung um Rath Fragenden müssen wir hierdurch auf das Bestimmteste davon abrathen.

Denn die jegliche arbeitslose Zeit ist nicht dazu angethan. Es fehlt jede Aussicht auf Erfolg, hunderte von Arbeitslosen würden sofort an Stelle der Streikenden treten und die besten Kräfte würden dann gemapregelt werden. Lasse sich also ja niemand zu unüberlegten und übereilten Schritten hinstrecken. Sollte sich die gespannte Situation schnell zu unseren Gunsten ändern, dann kann die Frage schnell und entschlossen diskutiert werden. Auf alle Fälle müssen wir in Sachsen aber auf der Hut sein, damit jetzt nicht die Schichtzeit verlängert und die Förderung durch irgend eine künstliche Machination gesteigert wird.

Denn sowohl Einsicht muß jeder verständige Arbeiter haben, daß dadurch doch nur der Sieg der streikenden Arbeiterbrüder verzögert würde. Nun so viel Solidaritäts- und Brüderlichkeitsgefühl hat doch selbstverständlich jeder sächsische Bergarbeiter, daß er sich dazu nicht hergiebt, sondern es wird doch sicherlich auch jeder seine streikenden und gemapregelten Mitbrüder in jeder Weise nach Kräften unterstützen, um ihnen zum Siege zu verhelfen, denn deren Sieg ist auch unser Sieg.

Darum nochmals Kameraden unterstützt Eure streikenden Kollegen.

Mit solidarischem Glüdauf
H. S. S. Paul Horn. Anton Strunz.

Nur Unverstand und Bosheit können den Streik in Saarbrücken der Sozialdemokratie in die Schuhe schieben! nicht als ob wir die Beschwerden der Bergleute für unbegründet und ihre Forderungen für unberechtigt hielten, sondern weil wir unter den gegebenen Verhältnissen die Erfolglosigkeit des Streiks erkannten. Selbstverständlich stehen wir, nachdem die Arbeiter wegen ihrer gerechtfertigten Beschwerden den Kampf gewählt, auf Seiten der Arbeiter, wie es jeder menschlich Fühlende und Denkende müßte. Daß es zum Streik kam, daran trägt vor allen Dingen die Bergverwaltung die Schuld, die es nicht verstand, sich mit den Arbeitern auch nur in Einvernehmen zu sehen, und mit der Nachvollkommenheit und Unflexibilität der Bureaucratie den Bergleuten ihre neue Arbeitsordnung aufzotroyirte.

Daß sich der Streik auch auf die anderen Grubenbezirke Westfalens ausdehnte, ist das Werk der Grubenbesitzer und der Organe derselben. Sie zwangen, bevor sie noch in Mitleidenschaft gezogen waren, durch die niederträchtigste Heße die Bergarbeiter, ihrer natürlichen Sympathie mit ihren Genossen im Saarrevier thätiglichen Ausdruck zu geben, indem sie selbst in den Streik traten.

Die königlichen Bergbehörden sind vor die Alternative gestellt, den Frieden mit den Arbeitern zu suchen, oder sich der Diktatur des Königs Stumm zu unterwerfen. Der bürokratische Stolz wird wohl das Letztere wählen. —

Aus dem Reiche des Herrn v. Stephan. Die Düsseldorf'sche „Bürger-Zeitung“ ist in der Lage, folgende Verfügung, welche Ende Dezember an verschiedene Post-Anstalten zur Absendung gelangte, veröffentlichten zu können:
Düsseldorf, Dezember 1892.
S. R. an das Kaiserl. Postamt

In Angelegenheiten des Verbandes deutscher Post- und Telegraphen-Assistenten hat das Reichs-Postamt in dem Bescheide vom 12. Juli 1890, Postamt-Blatt Seite 254 (auch Bescheid vom 8. Dezember 1890, Postamt-Blatt S. 367) die Erwartung ausgesprochen, daß die in Betracht kommenden Beamten im Bewußtsein ihrer Beamtenstellung und ihrer Beamtenpflicht dem Verbands fernbleiben würden. Sodann ist meinerseits die Gefährlichkeit, Schädlichkeit und Verwerflichkeit, nicht minder auch die Strafbarkeit der Bestrebungen des Verbandes in den Verfügungen vom

Ich kenne nichts Lästigeres, als innerlich recht glücklich und äußerlich materiell, recht unglücklich zu sein. Ist es damit nicht gerade so, wie es mir jetzt geht: das eine Bein wird mir im Zug, der von der Thür kommt, eisig und das andere Bein köstet in der Kohlenluth des Kamins?

Hoffentlich habt Ihr mich recht verstanden. In Deinem Portemonnaie, lieber Blondet, wird wohl ein Echo laut? Lassen wir nun das Herz in Frieden; es verdirbt, unter uns gesagt, den Bestand. Fahren wir lieber fort.

Godefroid de Beaudenord genos also die Achtung aller seiner Diebstahler, denn er zahlte regelmäßig. Die schon erwähnte geistreiche Frau, ihren Namen darf ich nicht nennen, denn sie lebt noch . . .

„Wie hieß sie?“

„Die Marquise d'Espard! Sie meinte einmal, ein junger Mann müsse im Halbgeschloß wohnen und dürfe nicht um sich haben, was nach Wirthschaft röche, nicht Röchin noch Röche; ein alter Diener müsse ihn bedienen, und nicht so aussehen, als sei es für ewige Dauer bestimmt. Jede andere Einrichtung wäre geschnacklos, sagte sie.“

Godefroid de Beaudenord wurde diesem Programm in allen Stücken gerecht: er wohnte auf dem Quai Malaquais in einem Halbgeschloß, doch zu einer kleinen Nebligkeit mit einer Familieneinrichtung hatte er sich verstehen müssen: er hatte ein Bett aufschlagen lassen; übrigens war es so schmal, daß es im Zimmer nur wenig Raum einnahm. Selbst eine Engländerin, die zufällig zu ihm gekommen wäre, würde nichts „Unanständiges“ (improper) darin gefunden haben.

Du müchtest gewiß gern das große Geseh des „improper“ kennen lernen, lieber Finot, das England beherrscht. Und da wir einmal durch eine Tausendfranksnote mit einander verbunden sind, so will ich sehen, ob ich Dir einen schwachen Begriff davon beibringen kann. Ich bin ja selbst in England gewesen!

(Leise zu Blondet: An meiner Erklärung verdient er baare tausend Franks, denn sie ist zweitausend werth.)

Was bedeutet „improper“? Stelle Dir vor, lieber Finot, Du machst irgendwo in England Nachts auf dem Balle

24. März 1891 und 9. April 1891 eingehend zur allgemeinen Kenntnis gebracht worden. Unterm 9. April 1891 habe ich eine Verfügung des Reichs-Postamts vom 4. desselben Monats mitgetheilt, wonach der früherer B. A. Funk aus seiner Dienststelle entlassen worden ist, weil er Schritte gethan hatte, um in umfänglichem Maße, entgegen dem klar ausgesprochenen Absichten seiner vorgesetzten Dienstbehörde, für die Ausbreitung des Affistenten-Verbandes zu wirken. Unterm 10. Mai 1891 erwähnte ich ausdrücklich, daß keine agitatorische und aufreizende pp. Thätigkeit ferner ungestraft bleibe.

Die Verwerflichkeit der Verbandsbestrebungen tritt in der Verbands-Zeitschrift sowie in einem Theile der Tagespresse immerfort in das grellste Licht, denn es wird versucht, die Gemüther zur Unzufriedenheit aufzustacheln, Geldmittel für den Verein zu gewinnen und die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung zu verunglimpfen.

Welche Art von Kräften sich daran betheiligte, zeigt der Umstand, daß der wegen Unterschlagung entlassene und mit Gefängnis bestrafte Postassistent Dahms im hiesigen Bezirke als Verbandskassirer thätig war.

Trotz alledem ist der Verband im hiesigen Bezirke gegenwärtig wieder in der regsten und vermessenen Weise in Thätigkeit. Die Radelführer wandern von Ort zu Ort, veranstalten Wanderversammlungen und Gelage, halten Heerschau über die Verbandsanhänger, treten als Redner auf, sammeln Gelder für den Verband und bemühen sich so, in der umfangreichsten Weise die Verbandsbestrebungen zu fördern, mit anderen Worten: die Gemüther aufzuregen, Unzufriedenheit zu stiften; die Berufslebe zu erkliden, das Vertrauen zu zerstören und durch unnütze Geldauswendungen das Bestehen des Einzelnen zu gefährden. Ein solches Treiben kann nicht geduldet werden. Ich wünsche zunächst den Betheiligten einzeln die schleunigste Umkehr eindringlich zur Gewissenssache zu machen. Zu diesem Zwecke soll jedem Verbandsmitgliede vorstehendes Verhandlungsschriftlich vorgehalten und seine Erklärung zur Sache entgegen genommen werden. Wer indessen agitatorisch thätig war, also seine Dienstpflichten verletzte, hat sich hierüber gleichzeitig auch zu verantworten.

Wie ich in Erfahrung gebracht habe, ist der Postassistent Mitglied.

Die entziehende Verhandlungsschrift ist hiermit vorzulegen.
Der Kaiserl. Ober-Postdirektor.
Geh. Ober-Postrath
Köhne.

Man muß sich fragen, worin denn die verbrecherische Thätigkeit des Verbandes deutscher Post- und Telegraphen-Assistenten besteht, daß die Beamten mit dem Bewußtsein ihrer Beamtenstellung und ihrer Beamtenpflicht es für unvereinbar halten sollten, dem Verbands anzugehören? Wir glauben, daß solche Verfügungen wie des Geheimen Ober-Postraths Köhne gerade den Postassistenten die Pflicht auferlegen, sich dem Verbands anzuschließen. Daß im Reiche des Herrn von Stephan manches faul ist, geht schon daraus hervor, daß tausende Beamte sich dem so verfolgten und geächteten Vereine angeschlossen haben.

Charakteristisch in dem obigen Geheimschreiben ist die Verdächtigung des Vereins mit dem Hinweis auf den bestrafte Postassistenten, der als Verbandskassirer thätig gewesen. Herr Ober-Postrath Köhne sagt nicht, daß jener Postassistent vom Verbands zum Kassirer bestellt wurde, nachdem ihn die Post wegen Unterschlagung ausgestoßen; wenn ihn der Verband als Kassirer anstellte, so geschah es doch wohl nur zu einer Zeit, während der Dahms noch im Postdienst stand. Wenn also seine spätere Bestrafung den Verband als solchen brandmarkt, um wie viel mehr müßte dieser Einzelfall die Post selbst brandmarken, denn warum sollte man sich nicht fragen können: „Welche Art von Kräften bei der Post angestellt werden, zeigt jener Postassistent Dahms und so viele Andere, die wegen Unterschlagung mit Gefängnis bestrafte wurden.“ Und wenn der Herr Geheimen Ober-Postrath die Mitglieder des Post-Assistenten-Verbands als so eine verwerfene Menschenklasse hinstellt, so ist einfach diese Art der Verdächtigung mit dem Hinweis darauf zu beantworten, daß ja der Verband diese angeblich schlechten Subjekte nur erst dann aufnimmt, nachdem die kaiserliche Ober-Postdirektion sie für würdig befunden hat, als Beamte zu fungiren.

Hoffentlich wird im Reichstag auch dieses Rundschreiben zur Sprache kommen und wird Herr v. Stephan das Vorgehen der Postdirektionen zu rechtfertigen haben, und hoffentlich wird sich der Reichstag nicht durch ausweichende Redensarten, wie sie in der vorigen Session von Herrn Reichs-Postdirektor Fischer vorgebracht wurden, zufrieden stellen lassen.

oder sonst wo genaue Bekanntschaft mit einer Frau; Du begegnest ihr am nächsten Morgen auf der Straße und thust, als wenn Du sie kennst; „improper“!

Du redest ein häßliches Kind auf dem Balle an und forderst sie zum Tanz auf; „improper“!

Du entdeckst beim Diner unter dem Frack Deines Nachbarn zur Linken einen netten geistreichen, entgegenkommenden, bescheidenen Menschen; er hat gar nichts Englisches an sich; Du redest ihn, wie es die altfranzösische Liebenswürdigkeit vorschreibt, freundlich an; „improper“!

Du wirst lebhaft, distanzlos, lachst, legst Herz, Geist, Seele in die Unterhaltung hinein, hältst Deine Empfindungen nicht zurück; wenn Du beim Spiel bist, spielst Du eben, beim Blaudern gehst Du ganz darin auf, und beim Essen ist Du wirklich: „improper“! „improper“! „improper“!

Einer der tiefsten Geister unserer Zeit, Strindhal, hat das „improper“ einmal sehr gut folgendermaßen charakterisirt: nur der verdient ein englischer Lord zu heißen, der, wenn er ganz allein in seinem Zimmer vor dem Feuer sitzt, die Beine nicht übereinander zu schlagen wagt, aus Furcht, „improper“ zu sein.

Eine Lady darf, selbst wenn sie zu der tollen Sekte der „Heiligen“ gehört (protestantische Mäder, die ihre ganze Familie vergammeln lassen würden, wenn sie „improper“ wäre) in ihrem Schlafzimmer herumtoben, wie sie will, das ist nicht „improper“; aber sie würde sich für verloren halten, wenn sie in diesem Gemach einen Freund empfangt. Dank dem „improper“ wird man eines schönen Tages ganz London mit allen Einwohnern in Stein verwandelt finden.

Und da gibt es Esel in Frankreich, welche die feierlichen Dummheiten, die die Engländer mit ihrer berühmten verschönten Kahlblütigkeit in ihrem Lande treiben, gern hierher verpflanzen möchten, rief Blondet. „Es kann einem kalt über den Rücken laufen, wenn man England gesehen hat und an die anmutigen, reizenden französischen Sitten denkt.“

(Fortsetzung folgt.)

Herr v. Stephan weiß seine Verdienste in besonders ruhmrednerischer Weise ins Licht zu stellen, wobei er freilich ein Hauptverdienst vergißt, nämlich das allerdings unbeabsichtigte Verdienst, seine Beamten zum großen Theil der Sozialdemokratie zuzuführen. —

Die sächsische Polizei-Fürsorge ist von überaus jarter Empfindung geleitet. Wir berichteten bereits von dem famosen Verbot der Arbeitslosen-Statistik seitens der königlichen Polizei-Direktion zu Dresden. Das Verbot hat folgenden Wortlaut:

Bekanntmachung.

Nachdem zur Kenntnis gelangt ist, daß der hiesige Verein „Zentralkommission aller Branchen von Dresden und Umgegend“ die Aufnahme einer Statistik in hiesiger Stadt aufhältlicher Arbeitsloser durch Ausgabe von Zählkarten in den Häusern und den Wohnungen der Stadt und durch Aussendung von Zählern in letztere beabsichtigt, so wird, mit Rücksicht auf die hieraus für die Einwohnerchaft erwachsenden Belästigungen und sonstigen Unzutraglichkeiten, jede derartige Zählung, insbesondere die Ausgabe von Zählkarten in den Häusern und den Wohnungen, sowie auf den Straßen, Plätzen und Orten des öffentlichen Verkehrs, und das Auftreten von Zählern zu dem obengedachten Zwecke innerhalb der Stadt Dresden hiermit verboten.

Zu widerhandlungen werden mit Geld bis zu 60 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft werden.

Dresden, am 11. Januar 1893.

Die Königl. Polizei-Direktion.
A. Schwauf.

Diese Bekanntmachung bedürfte eigentlich noch einer Ergänzung viellecht in folgender

Bekanntmachung.

Nachdem zur Kenntnis gelangt ist, daß auf den hiesigen Straßen vielfach Hungernde und Frierende sich sehen lassen, so wird mit Rücksicht auf das unangenehme Gefühl, welches ein solcher Anblick auf gefättigte und wohlgekleidete Einwohner hervorrufen, allen Hungernden und Frierenden hiermit verboten, auf den Straßen, Plätzen und Orten innerhalb der Stadt Dresden sich sehen zu lassen.

Zu widerhandlungen zc.

So weit wir die Dresdener wohl- und wohlgefünnte Bürgerschaft kennen, fühlt sich selbst der Musterbürger Vikenichen weniger belästigt durch einen veritablen Sozialdemokraten, der ihm eine Zählkarte überreicht, die er nicht zu beachten braucht, als durch den Steuerboten, der ihm einen Steuerzettel bringt, oder selbst durch Herrn Ackermann, wenn er ihm in weißer Weste mit einem Wechsel, den ersterer zahlen soll, erscheint.

Die Sozialdemokratie hat leichtes Spiel mit der Dresdener Bourgeoisie, wenn sie so fürsorglich von der Polizei verpimpelt wird. Da brauchen gar keine „Arbeiter-Bataillone“ aufzumarschiren, die Musterbürger fallen um wie die weiland Stadtsoldaten, wenn sie nur einen Sozialdemokraten sehen! —

Die lutherische Pfaffenheße hat jetzt ein geeignetes Feld gefunden in der Sammlung von Unterschriften für die Beibehaltung des Jesuitengesehes. In Westfalen allein sind 685 Petitionen mit 65,828 Unterschriften eingereicht. Natürlich geht es bei dieser Heße der lutherischen Pfaffen nicht ab, ohne daß gegen den katholischen Aberglauben ge-eifert wird, und dies geschieht in einer Provinz, in welcher die Katholiken die Mehrheit bilden, die es natürlich ihrerseits erst wagt in der Ordnung finden, die lutherischen Rezer in katholisches Licht zu stellen. Es ist das eine herrliche Illustration des christlichen Staates. Das Christenthum wird von diesem Staate nur in den beiden Konfessionen, der katholischen und lutherischen anerkannt, von denen die eine die andere so darstellt, daß kein Hund ein Stück Brot von ihr nehmen möchte. Ein wenig Licht in die Massen geworfen, würde ihnen die Augen öffnen und sie dahin bringen, daß sie sowohl von dem katholischen Antichrist wie von dem lutherischen Rezer sich abwenden dürften. —

Ein Prachtmittel zur Schaffung eines Zeichenheerdes hat der Breslauer Magistrat gefunden und wird es ohne Zweifel auch zur Anwendung bringen, wenn die Stadtverordneten-Versammlung keinen Widerspruch erhebt. Er schlägt zur Aufbesserung der Finanzen der Stadt eine Klosettsteuer vor, 18 W. pro Klosett. Diese Maßregel würde höchst einladend für die Cholera sein. —

Eine österreichische Ente. Aus Wien wird heute telegraphirt:

Nach dem „Tagblatt“ besteht zwischen Rußland und Frankreich seit November 1892 folgende Konvention: Im angriffslade verpflichtet sich der direkt Angegriffene zur Ausstellung von 600 000 Mann binnen sechs Wochen, sowie binnen weiteren drei Wochen zu ferneren 600 000 Mann. Beide Mächte verpflichten sich, nicht einseitig Frieden zu schließen.

Die Ente ist leider nicht frisch, — wir haben ihr schon vor Monaten Salz auf den Schwanz gestreut. —

Frankreich. Das neu zusammengestellte Ministerium Ribot hat gestern von der Kammer ein Vertrauensvotum erhalten. Ob es länger vorhält, als das Vertrauensvotum, welches das ungeliebte Ministerium vor den Weihnachtsferien erhalten hatte, — das bleibe dahingestellt. Einstweilen ist Alles in Frage, Constans scheint für den Augenblick wieder in den Hintergrund geschoben, allein er kann jeden Moment wieder in den Vordergrund kommen. Das Ministerium hat keinen festen Boden unter den Füßen; es steht auf der dünnen Rasendecke eines Morast's, die wie ein Spinnweben zerreißen kann. Die sichere Majorität fehlt. Die Korruption hat so weit um sich gegriffen, daß wir nicht wissen können, ob und in wie weit auch die Majorität von heute verkauft ist. Die Geheimnisse des Panama-Skandals sind noch nicht erschöpft — es sind neue Enthüllungen in Sicht, und an dem Panama-Skandal hängen noch andere. Es ist nicht zu berechnen, was die nächste Minute bringen wird. Möglich, daß ein vollständiger Szenenwechsel stattfindet, — daß dieser und jener, der jetzt stolz auf der Bühne sich brüstet, in die Verfenkung fällt und in dem bodenlosen Sumpf verschwindet.

Bezüglich der Auflösung hat das Ministerium durch Annahme der von ihm gewünschten Tagesordnung freie Hand bekommen. Sobald die Republik vor das Band treten kann, wird der Tag der Wahl anberaumt werden — versicherte Ribot. Aber wann wird dieser Tag kommen? Wann wird die Republik, das heißt die jetzige Republik, vor das Band treten können? Wird der Tag überhaupt kommen? Das ist die Frage. Und was soll geschehen, wenn er nicht kommt? Warten bis zum Herbst? So lange kann Frankreich nicht watten. —

Zum Panama-Skandal. Neben den zwei Hauptmachern des Milliardenbetrugs: Herz und Reinch, wurde in jüngster Zeit ein gewisser Arton genannt, der die schmutzigste Arbeit verrichtet und Andrieux das Material gegeben habe. Jetzt heißt es, die Polizei sei diesem Arton auf der Spur, und seine Verhaftung stehe bevor. Einstweilen sind die Papiere des sauberen Patrons mit Beschlag belegt worden, und sie sollen eine Masse des kompromittierendsten Materials enthalten. — In das auf dem Lande liegende Haus eines gewissen Herent, „des ersten Panama-Unternehmers“, wie er bezeichnet wird, brachen vorgestern Nacht maskierte Räuber ein, ließen die Gold- und Silbergegenstände unberührt, leerten aber sehr sorgfältig alle Geheimfächer des Schreibtischs. Man sieht, die Panama-Spißbuben werden romantisch. Merkwürdig bloß, daß sie das Gold und Silber nicht einsteckten. — Wie wir gestern schon bemerkten, dehnt der Panama-Skandal sich auf Amerika aus. Gleich der New-Yorker „World“ spricht auch die New-Yorker „Evening Post“ den Verdacht aus, die Panamagesellschaft habe auch in Washington mit Geld gearbeitet, um die Geldentwertung der Monroe-Doctrin gegenüber dem Panamakanal-Unternehmen zu verhüten. Insbesondere verdächtigt das Blatt Herrn Thompson, den Marine-Sekretär des Präsidenten Hayes, zwei Millionen Dollars Bestechungsgeld erhalten zu haben, und es verlangt die Namen aller mit Schweigegeldern bedachten Kongreßmitglieder und der Geldvertheiler festgestellt zu sehen. „Vielleicht“, meint die „Boissische Zeitung“, der wir die Notiz entnehmen, ist das New-Yorker Blatt auf guter Spur, und es ist nicht ausgeschlossen, daß seine Witzbegier befriedigt werden wird; sollen sich doch, wie Rochefort einem Besucher versicherte, im Besitz Duquelles, des Pariser Vertreters des Grafen von Paris, Panama-Papierchen befinden, die an Wichtigkeit alles bisher veröffentlichte übertragen und das schwere Geschick der Orleansisten im bevorstehenden Wahlkampfe bilden sollen.“

Ueber den jüngsten Pariser Polizeistreik schreibt man uns noch:

Als Ergänzung zu Ihrer Notiz über die Ausweisung der fünf Polen in Paris, wird es Ihre Leser wohl interessieren, daß unter den fünf Ausgewiesenen zwei, nämlich Jendzejewski und Perl auch hier aus Berlin im September des vorigen Jahres ausgewiesen wurden. Nichtsdestoweniger kolportiert man in französischen Blättern die Nachricht, daß diese beiden deutsche Spione seien. Jendzejewski war hier an der „Gazetta Robotnica“ als Expedient und Verwalter thätig.

Der Streik in Lancashire dauert fort. Ein Versuch gütlicher Beilegung ist an der Hartnäckigkeit der Fabrikanten gescheitert, welche von der Verlängerung des Streiks höhere Waarenpreise und größere Profite erwarten. Das ist die kapitalistische Wirtschaft — die Arbeiter, die durch die Fabrikanten am Arbeiten gehindert werden, müssen hungern, um durch ihr Hungern den Fabrikanten, die nicht arbeiten, die Taschen zu füllen. —

Vom Bergarbeiterstreik.

Nach der Angabe des offiziellen Böhmschen Bureaus sollen im Saarrevier am 18. Januar 1894 Mann angefahren sein, 2047 Mann mehr als am 12. Januar, an welchem Tage sich die Zahl der Streikenden im Verhältnis zum 11. Januar schon um 2091 vermindert haben sollte. Bei einer Belegschaft von ca. 30 000 würden danach immer noch ca. 10—11 000 Mann streiken, immer vorausgesetzt, daß die Berichtserhalter der Telegraphenbureaus nicht im Interesse des Fiskus falsche Meldungen in die Welt setzten. Daß die Nachrichten der Telegraphenbureaus mit höchster Vorsicht aufgenommen werden müssen, dürfte aus der mystischen Nachricht hervorgehen, welche das Böhmsche Bureau aus Saarbrücken bringt, wonach „anscheinend (!!!) zuverlässiger Nachricht zufolge die auswärtigen (?) Bergleute seitens der Führer“ am 13. Januar zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert worden sein sollen. Die Unsicherheit und Unklarheit der Nachricht läßt vermuten, daß sie überhaupt erlogen ist. Vom Eisenbahner Genossen Gewehr, der das Saarbrücker Streikgebiet zwecks genauer Information bereiste, wird uns unterm 11. Januar geschrieben: „Die Bergarbeiter-Bewegung ist eine sehr lehrreiche; noch nie habe ich streikende Arbeiter gesehen, welche mit einer solchen Begeisterung und mit einer solchen Willenskraft ihre Forderungen vertreten. Da kann keine Rede von künstlicher Mache sein, die Leute fühlen den Druck, der auf ihnen lastet, und drängen instinktiv gemeinsam nach Befreiung. Ob diese Einmütigkeit auf die Dauer anhält, wird allerdings abzuwarten sein. Dafür spricht jedoch die heldenmüthige Begeisterung, mit welcher diejenigen, die den Tisch in letzter Instanz zu decken haben, die Frauen, alseilig zum Ausschreiten auffordern. Die Grubenbehörden thun ihrerseits das Menschenmögliche, um die Arbeiter noch mehr zu erbittern; ihre Hauptabsicht ist, Zersplitterung unter dieselben zu bringen. Zuerst die Nachrichten über Abkehrscheine in Masse, welche jedoch von Männern wie Frauen in der größten Ruhe entgegengenommen werden, und dann wurde ein neues, freilich nicht ganz unbekanntes Mandat versucht, indem man einige Telegramme versandte, wonach sämtliche Forderungen bewilligt seien. Es sollen wirklich insolge dessen einige Bergleute angefahren sein, doch werden diese wieder zurückkehren; das ganze Verfahren aber dürfte eine immer größere Erbitterung hervorrufen. In der Montags-Versammlung der Bergarbeiter hatte nämlich der Vorsitzende bekannt gemacht, daß depeßchirt würde, wenn angefahren werden könnte. In der That thun die Grubenbehörden alles, um sich bei den Arbeitern recht verhasst zu machen. Es ist schon vorgekommen, daß sich Beamte in Arbeitseisen gesteckt, um die Arbeiter auszuwachen und den Keim der Zersplitterung unter sie zu legen. Die offiziellen Ziffern über die, welche arbeiten, sind mit größter Vorsicht aufzunehmen, sie sind viel zu hoch. Von denen, welche arbeiten, sind sehr wenige wirkliche Bergleute, sondern über Tage arbeitende Personen. Heute fand in Bilsdorf nach der öffentlichen Versammlung eine Versammlung der Knappschafsbälteisen und Gruben-Ausschußmitglieder statt. Dieselbe beschloß von einer nochmaligen Deputation an die Regierung Abstand zu nehmen, dagegen von den 11 Gruben-Inspektionen je einen Mann zu wählen, welche als Komitee mit der Bergwerksdirektion zu verhandeln suchen sollen. Außerdem wurde in dieser Versammlung auch bekannt, daß die Grubenbehörde beabsichtigt, sofern es noch nicht geschehen, 500 im Grunde der Führerschaft stehende ganz, und ca. 3000 andere Bergleute auf die Dauer abzulegen. Die Bewegung befindet sich im Uebrigen in ruhigen Bahnen.“

Weiter meldet dasselbe Bureau unter gleichem Datum von Bilsdorf: In der gestrigen Versammlung des Reichs-Knappschafsbälteisen, welche von etwa 8000 Personen besucht war, waren die Redner im Allgemeinen bestrebt, die Versammlung zum Ausschreiten und zum Festhalten am Streik aufzumuntern; die vielen Abkehrscheine würden die treuen Kameraden nicht entmutigen. Mehrere Redner, unter ihnen Mohr und Schleg, empfahlen,

wenn die Abkehrscheine noch weiter, wie bisher, verabfolgt würden, so sollten die Betroffenen auswandern und der Gemeinde ihre Familienangehörigen zum Unterhalt überlassen. „Wo sollte denn das hinaus? Das sollte denn aus den abgeleiteten Bergleuten werden? (Rufe: Räuberbanden.) Am nächsten Sonntag findet Nachmittag um 3 Uhr wieder eine Generalversammlung für das Saarrevier im hiesigen Bergmännischen Saale statt.“

Aus dem nördlichen Streikgebiet liegen folgende telegraphische Nachrichten vor:

Essen a. d. Ruhr, 18. Januar. Bei der heutigen Morgenschicht waren 16 500 Bergleute ausständig, und zwar auf Grube „Carolinus Magnus“ 888, „Christian Erwin“ 380, „Neu-Eisen“ 509, „Wolfsbühl“ 899, „Gustav“ 212, „Sibertia“ 1220, „Wilhelmine Victoria“ 1813, „Carolinusglück“ 32, „Heinrich Gustav“ 1305, „Consolidation“ 1500, „Pluto“ 1241, „Unser Fritz“ 1031, „Glad auf Tiefbau“ 670, „Graf Reuß“ 80, „Corinna“ 100, „Höllern“ 608, „Germania“ II 678, „Germania“ I 553, „Dortfeld“ 232, „Nordbörn“ 80, „Widfeld“ 20, „Wendehöfen“ 210, „Kaiser Friedrich“ 186, „Luise Tiefbau“ 127, „Bismarck“ 950, und „Neu-Niederlohn“ 2306. Heute sind in den Streik neu eingetreten auf Grube „Gottesseggen“ 56 Mann, „Freie Vogel“ 220, „Vohringen“ 103, „Graf Schwerin“ 120, „Prosper“ 1600, „Caroline“ 97, „Freiberg“ 78 und „Schürbank“ 150. Zur heutigen Morgenschicht sind voll angefahren die Belegschaften der Gruben „Amalie“, „Friedrich“, „Ernestine“, „Königsborn“ und „Zeemonia“.

Gelsenkirchen, 18. Januar. Auf „Sibertia“, „Wilhelmine“, „Bismarck“, „Consolidation“, „Unser Fritz“ sind insgesamt 1800 Bergleute mehr angefahren als gestern. (V) Bochum, 18. Januar. In dem hiesigen Revier sind zur Frühsschicht sämtliche Belegschaften angefahren. Dortmund, 18. Januar. Wie die „Rhein-Westfälische Zeitung“ meldet, verbot die Polizei eine heute Nachmittag nach der Hoberburg eintreffende große Bergarbeiter-Versammlung. Gestern Nachmittag wurde Schönbald, ein Führer der Streikenden, welcher gerade von einer Agitationsreise nach Witten zurückkehrte, auf dem hiesigen Bahnhof verhaftet. Ferner ist außer den, wie gemeldet, in Dortmund gleichfalls verhafteten Bergleuten Bunte und Böler nun auch Markgraf verhaftet. In Essen internirte man Wellmann. An seiner Stelle beauftragten die Bergleute G. Cardt mit der Führung.)

Zu den Verhaftungen wird uns aus Gelsenkirchen geschrieben: „Alle Versammlungen sind verboten! Die gewöhnliche „Ordnung“ ist vollkommen aufgehoben! Eine Sühlewirtschaft wie jetzt ist bisher noch nicht erlebt worden. Truppweise gehen die Verhaftungen vor sich; Bergleute werden direkt von der Schicht weg, die Kassepulle umgehängt, in's Loch transportirt. Der Knutstand entwickelt sich indes stetig, so daß in einigen Tagen wohl die Gruben sämtlicher Reviere in Rheinland und Westfalen stillstehen werden. Die Verhaftungen treiben die Leute geradezu in den Knutstand hinein. Zum Beweise, wie es zugeht, hier die Abschrift zweier Depeschen:

Regierungspräsident, Arnberg. Heute im Schloßhause zu Bochum drei Bergarbeiter-Versammlungen gesetlich angemeldet. Polizeibehörde verboten. Bitte um sofortige Remedur. Antwort erwartend Schloßhause Bochum. Rückantwort bezahlt.

L. Schröder, Dortmund.“

(Antwort.)

„Entscheidung erst nach Prüfung der Sache möglich.“

Regierungspräsident.

Die Entscheidung erfolgt vielleicht, wenn der Streik beendet und epiere keinen Werth mehr hat.“

Nach einer Meldung aus Schalk wurden gestern Abend auf Schacht II der Zeche „Was Bismarck“ Beamte, Steiger und Betriebsführer von mehreren hundert Bergleuten überfallen. Die schnell herbeigerufenen Beamten von Schacht I, sowie berittene Schulleute und Gendarmen schlugen die Wüthenden zurück, von denen mehrere verwundet wurden. Die ganze Mittheilung vom dem Ueberall“ wird natürlich nur eine der Tartaren-Nachrichten sein, für welche die Telegraphenbureaus als geeignetste Ablagerungshätten betrachtet werden.

Unser Dortmund-Korrespondent berichtet unterm 11. Januar: „Die gegnerischen Blätter posaunen mit nervöser Ensigkeit in die Welt, der Streik sei bereits, noch ehe er begonnen, ins Wasser gefallen. Das ist aber Lüge. Man nennt ferner mit Vorliebe das Dortmund-Revier als dem Knutstand wenig geneigt. Das ist ebenfalls nicht zutreffend. Die ersten Tage der Woche waren Tage eifrigster Erwägung unter und über Tage, in den Gruben und in fast besuchten lebhaften Versammlungen. Der Wille der Grubenarbeiter wurde sofort deutlich an der Thatsache, daß die Zahl der geförderten Wagen rapid sank. Die Arbeiter stellten ohne weiteres die Förderung ein. Jetzt hat die Aussprache stattgefunden, und nun ergreift der Streik Zeche auf Zeche. Am Dienstag und Mittwoch fanden rings um Dortmund die Lohnabzugszahlungen statt. Darauf hatten die Grubenproletarier gewartet. Sowie die Zahlungen vorbei waren, stockte die Arbeit, und bis auf einige wenige Arbeiter und das Aufsichtspersonal fährt auf einer großen Anzahl Gruben niemand an. Die Mehrheit des Glaubens der kapitalistischen Organe, der Streik sei bereits im Keime erstickt, bilden jedenfalls die grandiosen Vorbereitungen mit Gendarmen, Polizei, Vereithalten von Militär in Münster und Düsseldorf, bürgermeisterlichen und jehengevärtigen Befehlsmaßnahmen u. s. w. Massenansammlungen in Dortmund sind durch Anschlag verboten. Den Streikbrechern dagegen wird aller gesetzliche Schutz, gesichert und im übrigen rücksichtsloses Einschreiten gegen die Personen angedroht, welche den Befehlsmaßnahmen zuwiderhandeln, „ohne Garantie“ dafür zu übernehmen, wenn etwo Nichtstreuende mit darunter zu leiden haben. Diese Dinge beeinträchtigen den Geist der Streikenden indes so gut wie gar nicht. Wie kann den die Polizei schreden, der tagtäglich die Faust des Kapitals sich in den Nacken gesetzt spürt! An sehr bedenklichen Maßnahmen seitens der Behörden stellt es bereits jetzt nicht. Sowohl am Dienstag wie am Mittwoch in der Arbeitslosenversammlung mischte sich der überwachende Beamte, Polizei-Inspektor Richard (ehemals in Stendal), in die Rede des Referenten, und zwar mit längeren Sätzen ihn unterbrechend. In der Arbeitslosenversammlung lies er sogar den Referenten Fritz Rächtern von der Tribüne weg verhaften, als dieser ihm sagte, er habe ihn nicht zu unterbrechen, und ihm klar machte, was seines Amtes Recht sei. Das wird voraussichtlich noch schlimmer werden, schadet uns aber ganz wenig nicht. In Gelsenkirchen treibt man's ja noch weit ärger, und wir machen uns auf ganz dasselbe gefaßt. Eine große Anzahl von Versammlungen ist bis zu Ende der Woche geplant.“

Nach einer amtlichen Meldung des „Westf. Gen.-Anz.“ ist der Knutstand im schlesischen Kohlenrevier beendet. Zur Frühsschicht waren alle Belegschaften angefahren. Zwischen der Verwaltung der „Hendel-Donnersmarck'schen Gruben“ und den Bergleuten finden Unterhandlungen statt.

Aus Essen berichten das Bureau „Gerold“ vom 18. d. M. Abends daß dort 6 Bergleute aus Gelsenkirchen, als an den dortigen Ursachen betheiligt, eingetracht sind. Dieser Nachricht sät das Bureau die Schauerwärbe hinzu, daß man in der Wohnung des einen der Verhafteten mehrere Dynamitpatronen (?) gefunden hat. Die Zahl der Ausständigen des Essener Reviers soll angeblich abnehmen; als neu ausständig werden jedoch gleich darauf die Gruben Lothringen, Gottesseggen, Prosper I, Neu-Niederlohn, Graf Schwerin, Freiberg, Charlottenburg, Schürbank, Caroline gemeldet.

Parteinachrichten.

Gegen die Militärvorlage sind weiter Protestversammlungen abgehalten worden in Herne (Ref. Max König-Witten), Pögan i. S. (Ref. Hoffmann-Feig), Geyer (Ref. Demmler), Waldheim (Ref. G. Grünberg-Grüha), Ronneburg (Ref. Gerisch-Berlin), Warten, Kärgendortmund, Kirchlinde, Sörde, Lünen, Bergshoven, Dortmund, Brechten, Dortmund, (Referenten Wösch, Rischner, Wölscher, Lehmann, König, Boigt, Rächtern, Dr. Biederich), Neuenfelde (Ref. Lorenz-Hamburg), Neuhaldensleben (Ref. Rater-Verleben), Cannstatt (Ref. Lauscher), Aalen und Wasseralfingen (Ref. Hildenbrand-Stuttgart), Danau (Ref. Hoch-Frankfurt).

Zustimmungserklärungen zu den Beschlüssen des Berliner Parteitags liegen noch vor von den Parteigenossen in Waiblingen, Kaiserlautern.

Von der Agitation. In Bilsbrunn im Odenwald hielt Genosse Galin aus Seligenstadt eine sehr zahlreiche und erfolgreiche Volksversammlung gegen den dort ziemlich einflussreichen Antisemitismus ab. Von weither waren die Leute zu Wagen und zu Fuß über die Berge gekommen, um zu hören, was die Sozialdemokraten wollten. Die Antisemiten erlitten eine vollständige Niederlage. Ihr Betragen war wie gewöhnlich so unmännlich wie möglich. — Der sozialdemokratische Wahlverein für Randow-Gröfenhagen in Grabow bei Stettin hat im verfloßenen Jahre 12 Versammlungen und 3 Agitationsausflüge veranstaltet. Er zählt jetzt 88 Mitglieder.

Parteiorganisation. In Cadolzburg (Nordbayern) wurde in Folge der Thätigkeit der Führer und Hinderer Genossen ein sozialdemokratischer Wahlverein gegründet, dem sofort 31 Personen als Mitglieder beitraten.

Partei Finanzen. Dech bei Groß-Kreuz (Dorf in der Mark Brandenburg): Einnahme vom 1. Juli bis 31. Dezember 108 M., Ausgabe 63,55 M.

Ausflug an alle in den Reichstags-Wahlkreisen St. Goarshausen-Rassau, Diez-Limburg und Dillenburg-Herborn wohnenden Arbeiter. Um in diesen nauffassigen Wahlkreisen eine Verbindung unserer Anhänger zu schaffen und so eine intensivere Agitation zu ermöglichen, werden die Parteigenossen, welche in jenen Kreisen ansäßig oder thätig sind, ersucht, ihre Adressen an den Genossen Philipp Gul in Wiesbaden, Heilmuthstr. 46 part., gelangen zu lassen.

Das sozialdemokratische Zentral-Agitationskomitee für Sachsen, zugleich Agitationskomitee für Dresden und Ohsachsen, ersucht, von nun an sämtliche Zuschriften nicht mehr an den Genossen Offenheid, sondern an die Adresse des Genossen Anton Heilweck, Dresden, Jakobsgasse 15, 2 Tr., senden zu wollen.

Gegen die lex Heinze sprach dieser Tage in München Reichstagsabgeordneter v. Vollmar in einer von der Gesellschaft für modernes Leben einberufenen Versammlung, der eine große Anzahl Künstler und Literaten betwohnten. Er führte u. a. aus, wie wenig bisher von Seiten der Schriftsteller und Künstler gegen die immer mehr um sich greifenden reaktionären Bestrebungen, in die man Kunst und Wissenschaft hineinziehen und erziehen wolle, gethan worden sei; die Geistesfreiheit habe von der zielbewußten Arbeiterschaft vertheidigt werden müssen; deren Energie sollten sich Schriftsteller und Künstler zum Vorbild nehmen. Der Redner erntete lang andauernden Beifall.

Magdeburger Brauerei-Bojkott. Eine von über 1500 Personen besuchte Volksversammlung in Magdeburg, die am 10. Januar mit dem Abg. Bod als Referenten tagte, erklärte einstimmig, unter allen Umständen das gesetzlich gewährte Besuchsrecht wahr zu wollen, und beschloß deshalb, unter Billigung der Maßnahmen der Lokalkommission nur Bier aus nichtbojkottirten Brauereien zu trinken. Ferner wurde beschloffen, auf die Flaschenhändler und Restaurateure dahin einzuwirken, daß diese nur Bier aus nichtbojkottirten Brauereien zum Ausschank bringen. Endlich bestimmte die Volksversammlung, daß die Parteigenossen nur in jenen Läden Bier kaufen, wo lediglich Bier aus nichtbojkottirten Brauereien geführt werden.

Totenliste der Partei. In Darmstadt ist am 10. Januar der Genosse Philipp Examer, 34 Jahre alt, gestorben. Er hielt bis zu seinem letzten Athemzuge treu zu unserer Partei, und erklärte, wie die Frankfurter „Volksstimme“ mittheilt, noch in letzter Stunde, daß alles, was er besäße, der Partei zu gute kommen solle. Die Genossen werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Wegen Beleidigung zweier Polizeibeamter soll der Redakteur der „Volksstimme“ in Frankfurt a. M., Genosse Hoch, laut Urtheil des Schöffengerichts 80 M. Strafe zahlen.

— Der Redakteur des Leipziger „Wählers“, Genosse Manfred Wittich, wurde wegen Beleidigung zu 3 Wochen Gefängniß verurtheilt.

— Der Redakteur des „Volksblatts für Anhalt“, Genosse Schoeps, wurde vom Dessauer Schöffengericht wegen eines Artikels über den Stahlfurter Bürgermeister Reinhardt und den dortigen Kapitalistenring zu 40 M. Geldstrafe verurtheilt, während die Antisemitische Partei nur 20 M. Strafe beantragt hatte. In der Urtheilsbegründung wurde anerkannt, daß das eigenhändige Gebehren des genannten Bürgermeisters die Kritik herausgefordert habe; die Form derselben sei aber beleidigend gemein. Gegen das Urtheil wird Berufung eingelegt.

— Zu 100 M. Geldstrafe verurtheilt das Magdeburger Gericht den Redakteur der dortigen „Volksstimme“, Dr. Luz, weil dieser behauptet hatte, daß Reichstags-Abgeordneter Heine vom Stahlfurter Schöffengericht deshalb zu 200 M. Geldstrafe verurtheilt wurde, weil er einen Gendarmen seitwärts angesehen hatte. Nach der Beweisaufnahme lag die Sache so, daß Heine wegen einer beleidigenden Äußerung bestraft wurde, während welcher er den betreffenden Gendarm angesehen hat. Der Staatsanwalt hatte zwar 4 Monate Gefängniß beantragt, jedoch wurde Dr. Luz Kollege, Genosse Poeske, wegen Beleidigung des Predigtamts-Kandidaten in Kraatz, angeblich begangen durch einen Artikel vom 20. März v. J., zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt, während der Staatsanwalt nur 150 M. Geldstrafe beantragt hatte.

— Idyllisches aus Pommern. Vergangenen Sonntag sollte Genosse Herbert aus Stettin in Swinemünde einen Vortrag halten. Im letzten Augenblick wurde jedoch der bereits zur Verfügung gestellte Saal verweigert. Der Wirth ließ sich trant melden und seine Vertreterin erklärte, wie der „Volksbote“ berichtet, ein Polizeifergeant von Swinemünde sei da gewesen mit einem Schreiben und habe gesagt: Die Versammlung darf nicht stattfinden. Der Wirth schloß darauf den Saal zu und verhängte den Versammlungsbesuchern nicht einmal Bier. Diese unehdne Behandlung der Arbeiter hat aber den entgegen-gesetzten Zweck erreicht; eine Reihe unserer Anhänger folgte dem Entschluß, einen Verein zu errichten, der, wenn alle Stränge reißen, in der Wohnung eines Parteigenossen tagen soll.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung

Theater.

Sonnabend, 14. Januar.
Opernhaus. Bastian und Bastienne. Classische Brautwerbung. Bajazet.
Schauspielhaus. Des Meeres und der Liebe Wellen.
Festung-Theater. Heimath.
Wagner-Theater. Der Prophezei.
Berliner Theater. Dora.
Brohl's Theater. Geflohen.
Deutsches Theater. Der Sohn der Wildnis.
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
Rehden's Theater. Familie Pont-Biquet.
Neues Theater. Die Lore. Die kleine Marquise.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Das gewünschte Schloß.
Adolph Ernst-Theater. Modernes Babylon.
Thomas-Theater. Das Märchen der blauen Grotte. Vorher: "Othello's Erfolg" und "Das Versprechen hinter'm Heerd".
National-Theater. Faust.
Alexanderplatz - Theater. Der polnische Jude.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Zum 21. Male:
Modernes Babylon.
Gesangspöffe in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Couplets theilweise von G. Öhrss. Musik von G. Stoffaus. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.
Neu! Neu!
Der Volksmund in Berlin, vers. u. vorgef. v. Alfred Bender.
Neu! Die Typoer Duettisten Neu!
Geschwister Rainer.
Jeden Abend jubelnder Beifall des Saalbesuchers! Blank und der Croakenwohner
oder: Das Kind in der Kommode.
Realistisch-parodistische Vorgang im Keller, beobachtet vom Hofe aus.
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntag 8 1/2 Uhr.

Castan's Panoptikum.
Tai-za-Wunder.
Beheimlichvollste Seelenwanderung.
Lotosblume.
Fantoche-Theater.
Ander Illusionen.
Jämmtlich ohne Extra-Entree.
Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Wer ist der Vater?
Antwort um 9 Uhr im **Passage-Panopticum.**

Schmiedel's Festsäle,
Alte Jakobstr. 32,
neben dem Thomas-Theater.
Empfehle meine elegant ausgestatteten Säle, elektrisch beleuchtet, Theaterbühne etc. zur Abhaltung jeder Art Festlichkeit unter konstanten Bedingungen.
G. Schmiedel Wwe.

Säle z. Verjamlg. u. Gesellschft.
unentgeltlich (806b) Oranienstr. 180.
909b Zum Ausschicken!
von Gänsen, Hasen, Schinken etc. ladet die Schillingel, "Fein Korn", Mügl. d. S. v. gef. Arbeitern. Berlin und Umg., zum Sonntag, d. 15. Jan., bei **G. Klatt,** Bäckstr. 51, ergebenst ein.

Nur 1 Mark.
Klagen, Eingaben, Reklamationen. Rath im Zivil- und Strafprozeß. Einziehung von Forderungen. **Pollak,** jeht Pflanzstr. 19 Hr. Auch Sonntags.

Circus Renz.

(Raristr.)
Sonnabend, den 14. Januar 1893,
Abends 7 1/4 Uhr:
Zum ersten Male:
Ein Künstlerfest. Große Ausstattung: Pantomime v. Hofballetmeister Siems. Mit überrasch. Licht- u. Wassereffekten und auf das Glänzendste inszenirt vom Direktor Fr. Renz. Unter Mitwirkung des gesamten Personals. Ballet von 100 Damen. Außerdem Aufstretten sämtlicher Spezialitäten 1. Rang. U. A.: **Mr. James Phillis** mit dem Schulpferd Markir.
Morgen, Sonntag: 2 grosse Vorstellungen, Nachm. 4 Uhr (ein Kind unter 10 Jahren frei); **Gr. Komiker-Vorstellung** mit besonderem zur Befestigung der Jugend gewähltem Programm. Abends 7 1/2 Uhr **grosso Post-Vorstellung.** Zum 2. Male: Ein Künstlerfest.
Fr. Renz, Direktor.

Feen-Palast

Burgstraße, neben der Börse.
Welt-Tokal Berlins, 5000 Pers. fassend.
Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung
mit großem Programm.
Auf. Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonnt. 8 Uhr. Kassenöffnung 1 Std. vorher.
Entree 50 Pf.
Etablissement Buggenhagen.
Morph-Platz.
Täglich: Instrumental-Konzert. Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausgang von **Vahnhof's Lagerbier,** hell und dunkel.
An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf. Säle für Versammlungen, Kommerze, Festlichkeiten etc.

Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77-79.
Täglich:
Germania-Konzert- u. Komplet-Sänger.
Kinder 10 Pf. Wochentags frei. Sonntags 50 Pfennig.
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 3 Segelbahnen.
F. Sedtke.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
The Maatwoods, Mephisto-Mr.
3 Schweiß. Beretti, preisgekr. Kunst-Rad-fahrerinnen amerikanische Produktion auf der freistehenden Leiter.
Braselli, Jongleure und Equilibristen vorzügl.
Mr. Rappos-Zeij, Jongleure und Equilibristen.
Mlle. A. Bollena, Instrumentalistin.
The Lee's, unbewachte Momente zweier Negersklaven.
Mr. Barnum m. s. dreifachen Niesen-Doggen.
Theod. Zierath, Original-Bannermann.
Lily Bellini, Kollim-Soubrette.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.

Schönherr's Restaurant,

15. Stralsunderstr. 15.
Große Zimmer für Vereine. 8564L.
C. Boll, Wienerstr. 1 empfiehlt sein **Weiß- u. Pilsener-Bierlokal** Winter-Regelbahnen Vereinszimmer u. Winter- und noch frei.

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren.

Ausstattungen in Mahagoni u. Aufbaum; Küchenmöbel empfiehlt; Preislisten auf Wunsch franco.
Berlin S.O., Käpnickerstr. 25.
Jede Uhr 8591L
zu repariren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutes nur **1 Mk. 50 Pfg.** (außer Bruch), kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Uhren, getragene Uhren von 5 R. an. Neue silb. Cylinder-Remontoirs, 6 Steine, von 14 R. an, do. 10 Steine, von 16 R. an, goldene Damen-Remontoirs, 14 Karat Gold v. 24 R. an. Gold- und Silberwaaren in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen.
E. Rother & Stolz, 1. Geschäft: Andreasstr. 62. 2. Chausseestr. 78. 3. Uhrmacher. Chausseestr. 34.

Zahnarzt Rob. Wolf,

Brunnenstr. 4 (Rosenth. Th.). Künstl. Zähne v. 2 R. an. Plomb. v. 1.50 R. an. Schmerzl. Zahn- u. Reinig. d. Zähne 1 R. Sprechl. 8-7

Möbel-, Spiegel- und Polsterwaaren,

ganze Wohnungseinrichtungen in Mahagoni und Nussbaum, empfehlen
Gebr. Klink, SW., Friesenstrasse 21, SW. 3270L

Unserem Freunde und Kollegen, dem Schankwirth **Carl Schubert,** Aferstraße, zum heutigen Wiegenfeste ein drei Mal donnerndes Hoch.
Die alten Stammgäste.

Zum heutigen Geburtstag gratuliren ihrem Freund **Heinrich Kunze** 901b Die Orientalischen.

Am 7. Januar verschied zu Bromberg unser lieber guter Sohn, Bruder und Schwager, der Musikler, ehemalige Möbelpolier **Karl Kleinschmidt,** an Diphtherie im 3. Jahre seiner Dienstzeit. Berlin, 11. Januar 1893. 909b
Die trauernden Hinterbliebenen, Ritterstr. 36.

Todes-Anzeige. Allen Freunden, Bekannten und Genossen die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau **Marie Schulz,** geb. Schönberg, nach kurzem schweren Leiden am Donnerstag früh 6 1/2 Uhr verschied ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, Mittag 1 Uhr, vom Trauerhause, Dresdenerstr. 114, nach Friedrichsfelde statt. Um stille Beileid bittet 911b
Der trauernde Gatte **S. Schulz** nebst Angehörigen.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. d. M., Nachm. 2 Uhr, von der Charite aus statt. 908b) **Albert Fischer** und Kinder.

Freireligiöse Gemeinde.

Rosenthaler-Straße Nr. 38.
Sonntag, Vormittags 10 1/4 Uhr:
Vortrag v. **Hrn. Wald. Manasse:** Ethik und Freidenkthum.
Gäste sehr willkommen. 151/18

Freie Kranken- u. Begräbniskasse der Schuhmacher und Berufsgenossen Berlins

(G. S. 27).
Generalversammlung am Montag, den 23. Januar, Abends 8 Uhr, Alte Jakobstr. 75 bei Herrn **Solh.**
Tagesordnung: 1. Vierteljährlicher und jährlicher Kassenericht. 2. Wahl des Vorstandes und des Ausschusses. 3. Innere Angelegenheit. Mitgliedsbuch legitimirt.
908b **Der Vorstand.**

Martin Klein,

Uhrmacher, 8544L
25 Neue Hochstr. 25
empfiehlt sein Lager aller Arten **Wand- und Taschen-Uhren.**
Reparaturen zu soliden Preisen.

Elegante Maskengarderobe
Große Hamburgerstr. 37 bei **Werbelow.**

Kinderrwagen. Größtes Lager Berlins
Andreasstr. 23. D. v.

Homöopathische Klinik, Strammensstraße 40. Spr. 11-12, 4-5. Stg. 9-10.

Uebauft werden stets weiße Mäuse und Lachtauben Stralauer Platz 21. 902b **Hedmann.**

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir (außer Bruch) **1,50 Mk.**
Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, Januustr. 38, n. d. Oranienplatz.

Auch der alte Vater Tietz, Invalidenstraße 124, empfiehlt den Genossen sein Fabrikat von **Cigarren, Rauch-, Kau- u. Schnupftabaken.** Rauchrequisiten in großer Auswahl. Bei Entnahme von 100 Cigarren 10 Pct. Rabatt.

Schmerzloses Zahn-, Nervl. Süß-, Faldenfeinstr. 32.

Fabrikraum z. verm. Gütchinerstr. 64.
Eine freundl. Schlafst. ist zu verm. z. 1. Febr. d. Niedel, Mantelstr. 80 II.

Freie Volksbühne.

Donnerstag, den 19. Januar, Abends 8 1/2 Uhr:
Ordentliche General-Versammlung
in dem **Concordia-Saale,** Andreasstr. 64.
Tagesordnung:
1. Verwaltungs- und Kassenericht. 2. Diskussion. 3. Anträge des Vorstandes betreffend 1. den Besuch der Vorstellungen, 2. Veranstaltung einer Opernvorstellung. 4. Statutenänderungen. 5. Bericht über das Winterfest. 6. Verschiedenes.
Zu dieser Versammlung werden wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung die Mitglieder dringend eingeladen.

Der unterzeichnete Vorstand macht noch einmal darauf aufmerksam, daß **morgen, Sonntag, Nachmittags 2 1/2 Uhr,** die vierte Aufführung der „Armen Löwin“ im **Festung-Theater** stattfinden wird. Die Besucher dieser Vorstellung zahlen für die Eintrittskarte **1 Mark.** Um 1 1/4 Uhr beginnt die Verloofung. (Die Mitglieder, die die oben erwähnte Vorstellung noch nicht gesehen haben, nehmen in der Zeit von 1 1/4-2 Uhr an der Verloofung ohne Nachzahlung theil.) Die Vorstellungen für die 1. und 2. Abtheilung werden um acht Tage hinausgeschoben.
Von einem Freunde der Freien Volksbühne aus Luxemburg sind der Kasse 100 Mark zugegangen, für die herzlich dankend quittirt
Der Vorstand der Freien Volksbühne.
J. A.: **Julius Türk, SW., Solmsstr. 24.**
302/18

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 15. Januar 1893, Vormittags 10 Uhr, in **Gratweil's Bierhallen,** Kommandantenstr. 77-79:
Hauptkonferenz
sämmtlicher Vertrauensmänner.

Da sehr wichtige Angelegenheiten zu erörtern sind, werden die Kollegen ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Sämmtliche Vorstands- und Kommissionsmitglieder sind hierzu eingeladen. Biletts zu den am 19. und 20. Februar, Vormittags 9 Uhr, in der „Urania“ stattfindenden Sonderveranstaltungen sind bei den Kassirern sowie in der Versammlung zum Preise von 40 Pf. erhältlich. Da dieselben nur gegen baar abzugeben werden können, werden die Vertrauensleute ersucht, sich vorher mit den Kollegen über die gewünschte Anzahl der Biletts zu verständigen.
Die für Sonntag, den 15. Januar, geplante **Mechaniker-Versammlung** findet wegen der oben angeführten Hauptkonferenz nicht statt.
229/11 **Der Vorstand.**

Große öffentliche Versammlung

sämmtlicher im Drechslergewerbe beschäft. Arbeiter
am Sonntag, den 15. Januar 1893, Vormittags 10 1/4 Uhr, in **Deigmüller's Salon, Alte Jakobstraße 48a.**
Tages-Ordnung:
1. Die Gewerbeberichte und welche Thätigkeit entfalten wir? Referent: **Genosse Jubril.** 2. Diskussion. 3. Aufstellung eines Erfahrungsmanes zum Gewerbebericht. 4. Bericht des Delegirten zur Streit-Kontrollkommission. 5. Abrechnung der Agitationskommission. 6. Wahl eines Kontrolleure. 7. Verschiedenes. 136/11
Kollegen! Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es eure Pflicht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Die Agitationskommission.

Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder und verwandten Berufsgenossen zu Berlin. E. H. No. 24.

Sonnabend, den 21. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im **Dresdener Garten, Dresdenerstraße 45:**
General-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Kontrollbericht pro 4. Quartal 1892. 2. Jahresbericht pro 1892. 3. Berichterstattung über das genehmigte Statut. 4. Markensystem betreffend. 5. Kassenangelegenheiten. — Jedes Mitglied ist verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Am 9. Januar d. J. ist das neu revidirte Statut in Kraft getreten. — Da die Versammlung um 9 Uhr präzise beginnt, so ist der Kassirer angewiesen, um 8 1/2 Uhr im Versammlungskolal zu sein. Im übrigen bleiben die Sprechstunden desselben Montag, Donnerstag und Sonnabend, Abends von 7 1/2 bis 9 Uhr. Auszahlungen finden nur Sonnabends Abend statt. 118/18
Friedr. Freudenreich, Vorsitzender. **Bruno Gröblicher,** Kassirer.

Achtung! Allgemeiner Arbeiterinnen-Verein.

Große Versammlung
am Sonntag, den 15. Januar, Abends 6 Uhr, bei **Otto Klein, Schöndalestr. 6.**
Tages-Ordnung:
1. Vortrag von **Fräulein Gaader** über: „Utopie und Wirklichkeit“. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes. — Gäste haben Zutritt. Zur Deckung der Unkosten 10 Pf. Entree. Nachher geselliges Beisammensein. Um zahlreichen Besuch bittet
176/1 **Der Vorstand.**

Lese- und Diskutir-Klub „Süd-Ost“

Sonntag, den 15. Januar 1893: 198/4
Zweites Stiftungs-Fest
in **Joël's Festsäle,** Andreasstrasse No. 21.
Grosses Vokal- und Instrumental-Konzert, ausgeführt von Mitgliedern der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmänner unter gütiger Mitwirkung des **Gesangvereins Berliner Buchdrucker** (Mitgl. d. A.-S.-V.), Dirigent: Herr **Hoppe.**
Festrede des Reichstags-Abg. Paul Singer.
„Die Dorf-Kommunisten“.
Aufgeführt vom Theater-Verein „Zuspiel“.
Hierauf: Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Bilet 25 Pf.
Zu haben in allen mit Plakaten belegten Handlungen. Das Komitee.

Achtung, Rixdorf!

Große öffentliche Versammlung für Frauen und Männer
am Sonntag, den 15. Januar, Nachmitt. 4 1/2 Uhr, im **Lokal des Herrn Wiersing, Knescheckstrasse No. 77.**
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. — Zur Deckung der Unkosten werden 10 Pf. erhoben. Nachdem **gemüthliches Beisammensein.** Es ist Pflicht Aller, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Versammlung findet mit Zustimmung des Vertrauensmannes statt.
340/9 **Der Einberufer.**

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

20. Sitzung vom 13. Januar 1893. 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Bötticher, v. Berlepsch. Die Besprechung der Nothstands-Interpellation der Abgg. Auer und Singer wird fortgesetzt.

Abg. Warth (Dz.): Der Streik im Saarrevier hat gestern eine größere Rolle gespielt, als ihm innerhalb des Gegenstandes der Interpellation zukommt. Aber die Auseinandersetzung zwischen Herrn v. Stumm und dem preussischen Handelsminister v. Berlepsch nötigt mich ebenfalls, etwas näher darauf einzugehen. Herr v. Stumm hat gestern die Bergbehörde scharf getadelt und größere Energie, mehr „Schneidigkeit“ von ihr verlangt. Der Begriff der „Schneidigkeit“ ist keineswegs gleichbedeutend mit Festigkeit, sondern erscheint nur als Festigkeit, ist aber in Wirklichkeit Unbesonnenheit. Wenn die Bergbehörde mit Herrn v. Stumm jedem die Entlassung androhte, der nicht nach drei Tagen wieder ansah, so wäre das eben schneidig, aber auch unbesonnen gewesen. Sehr interessant ist es dabei, daß Herr v. Stumm diese Ordnungsfälle, sich den Vorwurf hat gefallen lassen müssen, die Autorität löblich preussischer Behörden untergraben zu haben, und es sollte mich wundern, wenn nicht demnächst im Saarrevier die Sozialdemokraten ein Flugblatt erscheinen lassen mit der Ueberschrift: „Herr v. Stumm als Untergraber der amtlichen Autorität nach dem Zeugnis des preussischen Handelsministers“. (Unruhe rechts.) Der Streik ist als ein frivoler bezeichnet worden. Aber wenn er ohne äußere erkennbare Gründe ausbricht, dann muß doch etwas in dem Verhältnis zwischen Arbeitern und Behörden nicht in Ordnung sein. Diese großen Massen, die als ganz ruhige, ordnungsliebende Leute geschilbert werden, sind in den Streik eingetreten; auch der unbesonnenste Arbeiter weiß doch, daß ein solcher ihm außerordentlich viel Entbehrungen bringen muß und daß sein Erfolg ein sehr zweifelhafter ist. Nach den eigenen Erklärungen der Herren Minister läßt sich der Punkt herausfinden, wo das Mißverhältnis liegt. Der Streik ist ausgebrochen, sagt Herr v. Bötticher, bevor die Forderungen der Arbeiter formulirt gewesen seien, und Herr v. Berlepsch stellt fest, daß er während seiner Amtsdauer noch keine Beschwerde aus den Arbeiterkreisen erhalten habe. Diese beiden Thatsachen lassen darauf schließen, daß die Arbeiter über ihre Rechte, ihre Beschwerde- und Koalitionsrechte, sich noch durchaus im Unklaren befinden, daß es sich hier so verhält, wie bei den Militärmißhandlungen, die in Masse vorkommen und bekannt werden, ohne daß die vorgesetzte Behörde eine Beschwerde erhalten. Die Organisation des Beschwerderechtes ist eben das Mangelhafte und Unzulängliche, und das ist indirekt auch ein Vorwurf für diejenige Behörde, der diese Arbeiter unterstellt sind. Man nimmt an, es sei genügend, wenn in patriarchalischer Weise von oben herab das Leben und Treiben gelenkt wird; aber mit diesen alten Mitteln kommt man eben heute nicht mehr aus. Daß die Leute so leicht verführt werden konnten, daran trägt gerade die Behörde auch einen Theil der Schuld. Nicht die organisirten Arbeiter sind zu fürchten, sondern lediglich die nicht organisirten; die Organisation der Arbeiter sollte man als ein ganz berechtigtes Bestreben daher unterstützen. Der eigentliche Gegenstand der Interpellation hat in eine viel breitere Unterlage. Von der einen Seite wird ein schwerer Nothstand als vorhanden anerkannt, von der anderen bestritten. Ueber den Begriff „Nothstand“ ist man also sehr verschiedener Meinung. Seit 1879 ist immerfort im Reichstage von den Nothständen die Rede gewesen, vom Nothstande der Brenner, der Handwerker, der Landwirthe u. s. w. Der Nothstand, den die Interpellation im Auge hat, ist ein Nothstand der Arbeiter, hervorgerufen durch Mangel an Arbeitsgelegenheit. Derartige Nothstände sind zu allen Zeiten dagewesen; auch jetzt ist ein solcher vorhanden, aber ich weiß, ob er größer ist, als der im vorigen Jahre vorhandene, weil im vorigen Jahre der Preis der nothwendigen Lebensmittel viel höher war, als gegenwärtig. Die Nothstände auf dem Gebiete der Produktion überhaupt lassen sich grobtheils auf die mangelhafte Ernte des Vorjahres zurückführen. Diesmal war die Ernte relativ vorzüglich, und wir dürfen hoffen, daß im nächsten Jahre die Verhältnisse dementsprechend günstiger sich gestalten werden. Die Frage, wie dem Nothstande entgegenzutreten sei, beantworten die Interpellanten mit dem Hinweis auf ihr Programm, Beseitigung der kapitalistischen Privatwirtschaft. Zu ihrer Ueberzeugung werden sie uns damit nicht belehren; es muß aber doch einmal dieser unwägliche Vorschlag genauer geprüft werden. In der Praxis ist Ihre Forderung noch niemals durchgeführt worden, wie können Sie nun von uns verlangen, daß wir das lebensgefährliche Experiment machen? Für uns als Politiker genügt diese Erwägung, um uns gegen die wirtschaftlichen Umgestaltungen in der Richtung des Kollektivismus zu erklären. Wo man die Durchführung dieses Gedankens in großen Staatsbetrieben vorgenommen hat, sehen wir überall die größten Mißerfolge und Schwierigkeiten, an welchen gerade die Sozialdemokratie die größte Kritik übt. Nach dieser Richtung kann ich nicht die geringste Konzeption machen. Abgesehen von dieser Generalforderung erhebt die Sozialdemokratie dann aber auch praktische Forderungen, auf diesem Gebiet folgen wir Ihnen gern. Die Vorschläge sollen aber auch plausibel und durchführbar sein. In gewissem Umfang könnte ja wohl Reich und Staat Arbeiten vornehmen lassen, welche nothwendig sind und eben so gut heute wie später vorgenommen werden können. Die Differenz entsteht aber dann, wenn man Arbeiten vornehmen läßt, die mehr oder weniger unnützlich, die unproduktiv sind. Das bedeutet nichts weiter als ungeheure Verschwendungen, und auf derselben Linie liegt der gute Rath des Herrn von Stumm, möglichst viel Militär, Kanonen, Gewehre und Panzerschiffe zu bewilligen, weil dadurch ein beschwerender goldener Regen sich über das Land ergosse. Wenn es also mit diesem Mittel sehr zweifelhaft aussieht, so steht es nicht besser mit der Forderung der Verlängerung der Arbeitszeit, mit der Einführung des Normalarbeitstages. Nicht zur Verminderung der Zahl der Arbeitslosen, sondern im letzten Stadium zu ihrer Vermehrung würde der ständige Arbeitstag führen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Verminderung der Arbeitszeit ohne Erhöhung der Arbeitsleistung kann gar keine andere Folge haben. Was die Krisen anbelangt, so hat allerdings die Bismarcksche Protektionspolitik hier die schwerste Schuld und verdient die berechtigtesten Vorwürfe. Der Protektionismus kann und darf nie etwas anderes sein als eine Politik zur Erhöhung der Rente zu Ungunsten der Arbeit. Hier liegt ein Grund zu dauernder Unzufriedenheit. Moralisch und physisch entwerdend ist die Wirkung dieser Politik, wie uns jetzt auch der Panama-Skandal in Frankreich zeigt, der auf dem Mißbeet des Protektionismus erwachsen ist, während der einzige Mann, der erhobenen Hauptes über dieser Pluth von Schmutz dahinsteht, Paul Leroy-Beaulieu, der Führer der französischen Handelspartei, ist. Was die Schutzoll-Politik nach französischen Handelspartei, ist. Was die Schutzoll-Politik nach nicht verdrängt, hat die Finanzpolitik zu Wege gebracht, um die Krise in Preußen und im Reich zu überwinden. Hat doch Herr Miquel gestern in Preußen mitgeteilt, daß ein Defizit von 58 Mill. vorhanden ist und durch eine Anleihe gedeckt werden muß, während man gleichzeitig jährlich 45 Mill. an Einkommensteuern aufspeichert und großmüthig die Grundsteuer den Herren Agrariern überlassen will, dafür aber auch, um auch das Satyr-

spiel der Tragödie hinzuzufügen, dem Volke jährlich 30 000 Lotterieloose mehr zur Verfügung stellt. (Hört! Hört! und Beifall links.) Wirthschaftet man so unbesonnen weiter, dann müssen noch viel schwerere Krisen über Deutschland hereinbrechen. In einer solchen Zeit will man nun obendrein noch Dutzende von Millionen aus demselben Volke heraushehlen für neue Militärlasten! Die bisherige Politik muß von Grund aus geändert werden, dann wird Besserung eintreten, sonst nicht! (Beifall links.)

Abg. Graf Kanitz (Dz.): Wir sind in bezug auf das Wesen der Schutzollpolitik immer entgegengesetzter Meinung gewesen, wie der Vorredner. Seine Berufung auf Leroy Beaulieu versängt nicht, denn dieser ist gar kein Freihändler vom Schlage des Herrn Dr. Warth. Die Interpellation kommt mir nicht unerwünscht; ich freue mich über jede Gelegenheit, wo ich auf die Entvölkerung des platten Landes und die Ueberfüllung der Großstädte hinweisen kann. Das ist auch hier der Fall. Die Interpellanten sehen selbst ein, daß in den großen Städten die Verhältnisse wegen des überströmenden Angebots von Arbeitskräften unenträglich zu werden anfangen. Die Ausführungen des Herrn von Berlepsch haben mich nicht ganz befriedigt. Die Arbeitsordnungen können nicht schuld sein an dem Streik; die Löhne sind hoch genug; es bleibt nach alledem nur die Annahme übrig, daß die Bergbehörden den sozialdemokratischen Führern gegenüber zu nachsichtig gewesen sind. (Sehr richtig! rechts.) Das hat Herr von Stumm gestern ausgeführt, und er steht mitten in der dortigen Bevölkerung und lenkt ihre inneren Verhältnisse genau. Herr von Stumm hat mich übrigens erjucht, ein Mißverständnis aufzuklären. Er hat gestern nicht die Entlassung der Streikenden „für immer“ verlangt, sondern die „definitive“ Entlassung. Er macht zwischen beiden einen Unterschied, der definitiv Entlassene kann immer wieder einmal später auf Grund eines neuen Kontraktes angelegt werden. Die Unschlüssigkeit, das Jögern, welches die Bergbehörden den Mitgliedern des Rechtsschutzvereins gegenüber an den Tag gelegt haben, zeigt, daß Herr v. Stumm Recht, der Minister nicht ganz ebenso Recht hat. Es scheint doch, als ob selbst noch im Augenblicke Mitglieder dieses sozialdemokratischen Rechtsschutzvereins auf den königlichen Gruben beschäftigt werden. Die Depesche: „Erst ansahen, dann verhandeln!“ soll allerdings apokryph sein, aber ihr Inhalt wurde doch als richtig zugegeben. Was soll denn aber verhandelt werden, und warum sollen wir verhandeln? Diese Konzeption des Verhandelnwollens ist eine der schlimmsten Maßnahmen, die in der ganzen Bewegung von 1889 erfolgt sind. Jedenfalls sollten solche Konzeptionen nicht infolge von Streiks sondern freiwillig gemacht werden. (Sehr richtig! rechts.) Die Verhältnisse haben sich trotz der neuesten Befehgebung nicht verbessert. Der Streik von 1889 war nicht durch die mangelhaften Arbeitsordnungen hervorgerufen, sondern entstand infolge des rapiden Steigens der Kohlenaktien durch den Wucher der Juden an der Berliner Börse. Die Nachwirkungen sind noch immer vorhanden, es wird jetzt blind darauf losgestreift. Die Regierung muß die schärfste Disziplin walten lassen, wenn wir Katastrophen vorbeugen wollen. Eine Masse von 30 000 Mann kann nur militärisch behandelt werden. Die Begründung der Interpellation durch Herrn Liebknecht hat über die Ursachen der Arbeitslosigkeit nur Oberflächliches gebracht. Sie liegen in dem Zustromen der ländlichen Bevölkerung nach den Großstädten. Dieses Zustromen ist wieder zunächst verursacht durch die hohen Arbeitslöhne in den großen Städten. Ein sehr großer Theil dieser Leute findet im Baugewerbe Beschäftigung, welches seinerseits von allen möglichen Zufälligkeiten abhängt und im Winter so gut wie ganz darniederliegt. Die Verlängerung der Arbeitszeit kann hier, darin hat Herr Barth Recht, nicht nützen, sondern nur Schaden. Wird statt 10 Stunden nur 8 gearbeitet, so muß 1/4 Bauarbeiter mehr eingestellt werden, und es ist dann im Winter 1/4 Bauarbeiter mehr brotlos als vorher. Die Arbeitslosen sollen dahin zurückkehren, wo sie hergekommen sind, nach dem platten Lande, wo noch Arbeitsgelegenheit genug ist. Die Allgemeinheit hat nicht die Kosten dafür zu tragen, daß der Zug nach den Städten Arbeitslosigkeit erzeugt hat. Wenn Herr Liebknecht gestern auch den Grundbesitz erwähnte und von der Auffassung der kleinen Bauern durch die Großgrundbesitzer sprach, so hat er sich wohl gehütet, von den Gründen zu sprechen, weshalb die kleinen Bauern genöthigt sind, ihre Höfe zu verkaufen, er hat wohlweislich von den Güterschlächtern nichts gesagt. (Sehr gut! rechts.) Die amerikanischen Farmer sind nach Herrn Liebknecht mit 10 Milliarden Dollars = 40 Milliarden Mark Grundschuld belastet; die Belastung des deutschen Grundbesitzes ist ungefähr gleich hoch! In einer Bauernversammlung würde Herr Liebknecht kein Glück haben, wenn er gleichzeitig von der Auffassung der Bauernschaft und Abschaffung der Schutzölle spräche. Jetzt bei den beispiellos billigen Getreidepreisen, an denen die Landwirtschaft zu Grunde gehen muß (Sehr richtig! rechts und im Zentrum), da bringen Sie eine Interpellation wegen des allgemeinen Nothstandes! Auch über diesen Widerspruch möchte ich noch aufklären sein. Sorgen Sie (zu den Sozialdemokraten) dafür, daß die Ueberfüllung der Städte aufhört. Eine Verpflichtung des Reichs oder der Einzelstaaten, Maßregeln zu treffen, welche dem Nothstande, der aus diesen Ursachen entspringt, wehren, kann ich meinerseits nicht anerkennen.

Abg. Pfähler (natl.), königlicher Bergwerksdirektor in Saarbrücken seit 1885, seitdem pensionirt und in Wiesbaden lebend, Abgeordneter für Saarbrücken, geht darauf in längerer, aber bei dem leisen, hauchenden Organ des Redners im Zusammenhange auf der Tribüne unverständlicher Ausführung auf die Verhältnisse des Streikgebiets ein. Er legt unter anderem dar, daß man früher unter noch viel ungünstigeren Arbeitsbedingungen und Arbeitsordnungen gearbeitet hätte, ohne daß je ein Streik ausgebrochen wäre. Um so frivoler und leichtsinniger sei der diesmal direkt vom Saune gebrochene Streik. Die Bergverwaltungen haben es ihrerseits niemals an Wohlwollen und Freundlichkeit für die Bergarbeiter in den königlichen Gruben fehlen lassen.

Der Redner hat seine Rede abgelesen; nachdem er geschlossen, macht Präsident v. Levetzow darauf aufmerksam, daß das Ablesen von Reden geschäftsordnungsmäßig nicht zulässig ist.

Abg. Auer (Soz.): Der Staatssekretär von Bötticher hat auf unsere Interpellation geantwortet, daß von einem alut gewordenen Nothstand, dem abgeholfen werden müßte, ihm und den verbündeten Regierungen nichts bekannt sei. Zum Beweise dieser Behauptungen hat er auf eine beträchtliche Steigerung des Exports im vergangenen Jahre hingewiesen. Diese Ausführungen haben nicht bloß auf unserer Seite überraschend gewirkt. Wir haben versucht, sogenannte Arbeitslosenstatistiken aufzustellen. Wenn dieselben auch kein vollständiges, erschöpfendes Bild geliefert haben, so zeigen sie doch, daß eine ganz bedeutende Arbeitslosigkeit in den Reihen der Arbeiter vorhanden ist. Die Aufnahme in Halle, welche zwischen Weihnachten und Neujahr gemacht wurde, hat ergeben, daß dort 1002 Arbeitslose, darunter 632 Familienväter mit zusammen 1710 Kindern vorhanden waren. In Braunschweig waren 1367 arbeitslose Personen, davon 659 Familienväter mit 1752 Kindern. In Siebichenheim bei Halle, wo hauptsächlich die Hallische Arbeiterbevölkerung wohnt, wurden 352 Arbeitslose, darunter

259 Familienväter mit 746 Kindern, gefunden. Im Durchschnitt kommen auf einen Arbeiter 10—12 Wochen der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenversammlungen, welche bisher stattgefunden haben, werden regelmäßig für die Zeit berufen, in welcher sonst gearbeitet wird. Alle diese Versammlungen waren geradezu von Besuchern überfüllt. So wurde eine Versammlung in Bremen von 3000 Arbeitslosen besucht. Und da redet die Regierung von guten Zeiten. Ich gebe gern zu, daß dieser Nothstand noch nicht bis in die Ministerhotels vordringen ist, aber auch in bürgerlichen Kreisen, in den gewerblichen und Unternehmertreibern wird die Auffassung, daß wir eigentlich ganz gloriose Zustände haben, nicht getheilt. Ich verweise in dieser Beziehung auf die Berichte der Handelskammern und Fabrikinspektoren und namentlich auf den Bericht der städtischen Gasanstalten für Berlin über das Betriebsjahr 1891/92. Es heißt da u. A.: „Bei der überwiegend größeren Zahl der hiesigen Fabriken trat insbesondere in der zweiten Hälfte des Jahres eine Störung in den Aufträgen ein, welche vielfach zu einer Entlassung von Arbeitern, oder, wo sie vermieden werden sollte, doch zu einer unfreiwilligen Verlängerung der Arbeitszeit führte, während früher bei günstigeren Verhältnissen in den Wintermonaten in fast allen Fabriken mit Ueberstunden gearbeitet werden mußte.“ (Zuruf des Staatssekretärs v. Bötticher: 1891!) Es handelt sich um die letzten Monate des Jahres 1892. Die städtischen Gasanstalten von Berlin scheinen besser unterrichtet zu sein, als das Reichsamt des Innern. Der Minister v. Bötticher hat gemeint, eine geschäftliche Depression könne nicht existiren, weil die Einnahme aus den Eisenbahnen, der Post und Telegraphie gestiegen seien. Ist dies richtig, dann macht es doch einen etwas eigenthümlichen Eindruck, wenn von der Eisenbahndirektion in Erfurt eine Bekanntmachung erlassen wird (Redner trägt dies Mittheilung vor), nach welcher in der Eisenbahn-Hauptwerkstatt in Erfurt eine Lohnreduktion von 10 pCt. angekündigt wird. Erst wenige Monate vorher war eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden und demgemäß eine Schmälerung des Verdienstes erfolgt. Wenn es wirklich wahr wäre, daß es im Eisenbahndepartement so günstig steht, wie der Staatssekretär versichert hat, wie läme man dann zu einer Reduktion? Und warum wurde die Lohnverlängerung angeordnet zum 25. Dezember, gewissermaßen als Weihnachtsgeschenk? Entweder der Staatssekretär täuscht sich oder ein derartiges Vorgehen der Vorstandschäfte einer sogenannten staatlichen Musteranstalt wäre unbegreiflich. An den Staatssekretär v. Bötticher selbst ist ja bisher allerdings ein Nothstand wohl noch nicht herangetreten. Andere amtliche Organe denken darüber anders. Das Amtsblatt für Jöhla in Sachsen giebt unter der Ueberschrift „Ein industrielles Schmerzenskind“ ein Bild der traurigen Lage der erzgebirgischen Spielwaaren- und Industrie. Die Familien ernähren sich von schlechtem Kaffee und Kartoffeln und nur an Sonntagen erscheint Brot auf dem Tische. Früher war es besser, sagt das Blatt, das mögen sich die Herren v. Stumm, Graf Kanitz und Barth gesagt sein lassen. Jetzt verdient eine ganze Familie in der Woche oft nur 4—6 M. (Hört, hört! links), höchstens einmal 15—17 M. Die größeren Spar-einlagen, von denen der Staatssekretär sprach, beweisen höchstens, daß seit den Depotunterstellungen das Publikum, welches noch Geld hat, es in den Sparkassen anlegt. Sämmtliche Redner haben das Erluchen an uns gestellt, wir möchten doch unser Möglichstes dazu thun, daß der im Saarrevier augenblicklich im Gange befindliche Arbeiterausstand beigelegt werde. Dazu sind wir um so weniger im Stande, als wir die Verantwortung für den Ausbruch des Streiks nicht übernehmen können. Wir können den Streik nicht aus der Welt schaffen, obwohl wir ihn bedauern mit Ihnen, weil wir der Meinung sind, daß es eine sehr unüberlegte Handlung gewesen ist. Wir können ihn aber nicht aus der Welt schaffen, weil wir ihn nicht ins Leben gerufen haben. Wir haben überhaupt auf die dortige Arbeiterschaft keinen Einfluß. Die Herren v. Stumm und Pfähler sind von diesen Arbeitern hierher geschickt. (Widerspruch.) Wer denn sonst? Herr Pfähler hat ja Warken mit wüthendsten Stimmen aus dem Felde geschlagen. Die eigenen Wähler sind es also, welche den Herren so viel Kopfschmerzen machen. Der Bischof Korum hat sich in einem eigenen Hirtenbriefe an die Arbeiter gewandt. Auch ein Beneid, daß es nicht unsere Wählerschaft ist, sondern das es Ihre Wähler sind, die frommen, guten, reichstren erzogenen Arbeiter, das Produkt Ihrer ganzen Politik, welches Ihnen jetzt un bequem wird. Ebenso muß ich den Vorwurf des Herrn v. Stumm ganz energisch zurückweisen, daß die Sozialdemokratie den Export geschädigt und dazu beigetragen habe, daß die Lage der Industrie so schlimm ist. Wer hat denn das geflügelte Wort gesprochen von dem Bestreben unserer Industrie, schlecht und billig zu arbeiten? War es nicht der Herr Professor Reuland, Ihr Mann? Daß Ihnen der Fall Baare sehr unangenehm war, glaube ich. Daß es auch Herrn v. Stumm sehr unangenehm war, glaube ich ebenfalls, das bringt schon das Klasseninteresse mit sich. Wer war das, der die ungeheueren Steuerhinterziehungen und Schienenfiskereien an das Tageslicht gebracht hat? War das nicht ein Anhänger der ultramontanen Partei? Herr Fußangel ist einer der eifrigsten und tüchtigsten Agitatoren der ultramontanen Partei. Und der Fall Böhne, der Sie auch unangenehm berührt hat, wer hat ihn ins Leben gerufen? Wer hat die Broschüre „Judenfinten“ geschrieben? Das war auch einer von Ihrer Partei. (Widerspruch auf der rechten Seite.) Sie haben ihn ja auf Ihrem Parteitage gefeiert, es war Kilmardt, der Rektor aller Deutschen. Und wer hat die bekannte „patriotische“ Handlung Krupp's unter Napoleon III. ans Tageslicht gezogen? Es war die freisinnige Presse. Sie hat sich dafür gerächt, daß man ihren Löwe so scharf angegriffen hat. (Weiter.) Wenn Sie so Ihre Zwifligkeiten vor aller Welt austragen, dann wundern Sie sich nicht, daß wir als lachende Dritte dabeistehen und sagen: Das ist eine schöne Gesellschaft. (Weiter.) Herr von Stumm sieht in jedem Arbeiter einen Sozialdemokraten (Widerspruch rechts), allerdings in demjenigen nicht, der platt auf dem Bauche vor ihm liegt. (Sehr richtig! rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sobald ein Arbeiter seine Interessen selbständig vertreten will, ist er in den Augen des Herrn v. Stumm ein Sozialdemokrat, ein Keel, der auf die Straße geworfen werden muß. (Abg. Babel: Sehr richtig!) Die Arbeiter des Herrn v. Stumm bedürfen ja sogar zu ihrer Verbeirathung seiner Genehmigung. Sobald nur das Wort Sozialdemokratie ausgesprochen wird, verläßt Herr v. Stumm alle Objektivität. Nicht in einem einzigen Fall haben sozialdemokratische Arbeiter Fabriken zerstört und Maschinen vernichtet. Wir sollen den Streik in frivoller Weise veranlassen und organisirt haben; ein Mitglied des sozialdemokratischen Agitationskomitees in Ebersfeld soll der Bergarbeiter-Deputation angehören; der Rechtsschutzverein soll eine sozialdemokratische Organisation, dessen Vorstandsmitglieder ausgesprochene Sozialdemokraten sein. Ich erkläre, daß die sozialdemokratische Partei mit dem Streik und mit dem Rechtsschutzverein nicht das Geringste zu thun hat, wenn auch im Rechtsschutzverein und unter den Streikenden Sozialdemokraten sein möge. Ich weiß ganz bestimmt, daß im Vorstand des Rechtsschutzvereins auch eine ganze Reihe von Mitgliedern — und wahrscheinlich die Majorität — mit der Sozialdemokratie gar nichts zu thun haben. Warken ist niemals Mitglied unserer

Partei gewesen. Warten ist 1890 ausdrücklich als königstreuer Arbeiter in die Wahlplattation eingetretten. Der Bergarbeiter Gillo, welcher beim Ausbruch des Streiks mit derselben Angehörigkeit, welche die Behörden bei diesem Streik auszeichnet, verhaftet wurde, ist ein Ultramontaner. Der Rechtsanwalt Seyder ist bis in die letzte Zeit Mitglied des Kaiserlich-geburtstags-Komitees in Meß gewesen, was allein schon zeigt, daß er mit der Sozialdemokratie keine Beziehungen hat. Das Gros der Mitglieder des Reichsschulvereins sind die Wähler der Herren Pfähler und Stumm. Im Saarrevier streiken die Wähler dieser Herren. Im Ruhrbezirk macht sich die Bewegung auch bemerkbar, und dort ist Herr Müllersfelden gewählt. Nur der Zwickauer Bergbezirk, wo mein Freund Stolle gewählt ist, verhält sich ruhig. Für die Zwickauer Dinge machen Sie uns verantwortlich, dort haben wir Einfluß! Wir sind nicht Gegner des Streiks, sondern machen unter Umständen davon Gebrauch, aber nur, wenn es uns paßt, nicht, wenn es Ihnen paßt. Ein Aufruf der sächsischen Bergarbeiter wartet trotz aller Ursachen von Streik, trotz aller brutalen Behandlung der Arbeiter ausdrücklich vor dem Streik, weil derselbe vollständig ausichtslos sei. Das thun sozialdemokratische Arbeiter. Das sind unsere Wähler, die wählen Herrn von Stumm nicht, und wenn er sich auf den Kopf stellt. (Weiterkeit.) Hier sehen Sie unsere Erziehung der Arbeiter, dort Ihre Erziehung mit der bekannten festen Hand, die keine selbständige Meinung aufkommen läßt und die Arbeiter nur als Sklaven behält. Wir lehren die Arbeiter den wirtschaftlichen Zusammenhang kennen, Sie behandeln sie als unwissende Plebs, die, je unwissender, desto mehr sich malträitieren läßt. Wer weiß, wie lange die feste Hand des Herrn von Stumm noch Stand halten wird? Da die Arbeiter gerade im Stumm'schen Wahlkreis revoltieren, so paßt hier das Dichtwort: „Eine Grenze hat Tyrannemacht.“ Die Rathschläge des Herrn von Stumm hat die preussische Verwaltung schon in ausreichendem Maße befolgt. Der Kriegsminister v. Berdt hat seiner Zeit dem Vorstände des Fabrikantenvereins der Metallindustrie gegenüber erklärt, daß die Direktoren der für Staatslieferungen arbeitenden Fabriken angewiesen seien, sozialdemokratische Arbeiter fernzuhalten und daß der Verein in dem Bestreben, sozialdemokratische Arbeiter von der wasserländischen Arbeit auszuschließen, seiner Unterstützung gewiß sein kann. Der Judenstimm-Projekt hat uns dasselbe bewiesen. 400 Arbeiter der Löwenfabrik, welche sich erlaubt hatten, die Kaiserin mitzumachen, wurden auf Anordnung des Kriegsministeriums entlassen, und an deren Stelle mußten ungequalifizierte Arbeiter eingestellt werden. Wenn die Gewerke nacher in den Ruf kamen, daß sie immer um die Ecke schiefen, so verdanken sie das der Theorie, welche Herr v. Stumm der Staatsverwaltung empfohlen hat. Die Eisenbahn-Verwaltung handelt nach denselben Grundfäden wie die Militärverwaltung. Herr von Stumm hatte seine Ursache, der Staatsverwaltung in dieser Hinsicht Vorwürfe zu machen. Ein Schloffer, der von 1883—1885 in einer Eisenbahnwerkstatt in Oberschlesien beschäftigt war, ist, weil er hervorragend in sozialdemokratischem Sinne agitatorisch thätig gewesen sein sollte, entlassen worden. Auf Befragen wurde ihm in einem Zeugnis offen mitgeteilt, er habe eine öffentliche Versammlung aller Metallarbeiter einberufen; obwohl die Versammlung äußerlich keinen sozialdemokratischen Charakter gehabt habe, so erfolgte doch aus dem Inhalt der gehaltenen Rede die sozialdemokratische Agitation. Er hatte also lediglich eine Versammlung einberufen, in welcher sich seine Berufsgenossen auf Grund des Koalitionsrechts der Arbeiter, das Herr v. Berlepich gestern ausdrücklich anerkannte, zu einem Verein zusammenschließen haben. Nach dem Ausspruch des Handelsministers achtet die Bergwerksverwaltung das Koalitionsrecht der Arbeiter. Hier aber ist ein Arbeiter wegen Beteiligung an einer gewerkschaftlichen Gründung zum Sozialdemokraten gestempelt und auf die Straße gesetzt worden. Sie sehen, Herr von Stumm, daß Sie keine Ursache haben, sich über die Handhabung der Arbeitsordnung seitens der preussischen Verwaltungsorgane gegenüber den Sozialdemokraten zu beschweren. 25—26 000 Arbeiter nach dem Vorschlag des Herrn v. Stumm auf die Straße zu setzen, ist nicht so einfach. Und so schlau sind Sie auch, daß Sie die Hühner nicht tödlichen, die Hühner die goldenen Eier legen. (Sehr richtig!) Herr von Stumm würde es sich in der Praxis sehr überlegen, seine Werkstätten beim Ausbruch von Differenzen mit seinen Arbeitern zu schließen. Daran hindert Sie das von Ihrem Standpunkt aus berechnete Bestreben, Profit zu machen, Mehrerwerb aus Ihren Arbeitern herauszuschlagen. Wenn Herr v. Stumm auswanderte, wäre dies nationale Unglück zu tragen. Was aber aus dem Betrieb werden soll, wenn im Saarrevier Zehntausende von Arbeitern auf die Straße gesetzt werden, das Kunststück sollen Sie uns erst einmal vormachen. Herr v. Stumm hat gestern seiner allerhöchsten Entschiedenheit (Weiterkeit) über die §§ 11, 20, 33, 40 der am 1. Januar im Saarrevier neu eingeführten Arbeitsordnung Ausdruck gegeben und gemeint, daß den Arbeiterausschüssen zu viel Befugnisse eingeräumt werden. Die Bestimmungen dieser Paragraphen sind aber durchaus ohne Belang und stützen sich zum Teil auf Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung. Das Wort des Handelsministers, daß der Streik auf frivole, leichtsinnige Weise ins Leben getreten sei, ist zweifellos zu hart. Ich will den Streik nicht verteidigen, aber er wäre bei etwas mehr Geschicklichkeit der in Betracht kommenden Beamten zu vermeiden gewesen. Der militärische Geist derselben, welcher immer nur von dem Gesichtspunkt ausgeht, daß der Arbeiter einfach zu gehorchen habe, ist die Ursache des Streiks gewesen. Mit dem Menschenmaterial, das da drüben ist, nicht fertig zu werden, dazu gehört eine ganz besondere Ungeschicklichkeit. Bei der früheren Bergarbeiterbewegung handelte es sich um die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit, aber diese tritt augenblicklich viel weniger in den Vordergrund. Die Aufregung wird jetzt hervorgerufen durch die neue, ostroptizte Arbeitsordnung, welche in die bisherigen Gewohnheiten und Verhältnisse der Arbeiter des Saarreviers eingreift. Die Einführung des Systems der Lehrhäuser hat die Leute geradezu perplex gemacht. Diese Einrichtung hat früher dort überhaupt nicht bestanden. Nach den betreffenden Bestimmungen verdienen die Lehrhäuser weniger als die Völkhäuser, deren Verdienst allerdings entsprechend erhöht wird. Diese Bestimmung ist den Arbeitern ausgenommen trotz ihres energischen Widerspruches. Wenn der Handelsminister meinte, daß der Streik wie ein Blitz aus heiterem Himmel kam, so erklärt sich dies daraus, daß die Bergwerksverwaltung eben nur das zu ihrer Kenntnis kommende betrachtet, was aus dem bürokratisch-mechanischen Wege zu ihr gelangt. Die Bergarbeiter haben sich zu rechter Zeit über diese Neuordnung in ablehnendem Sinne geäußert. Schon am 8. November erklärte eine Versammlung auf dem Bildstock einstimmig sich für den Streik, falls die Forderungen der Bergarbeiter nicht am 1. Januar bewilligt würden. Auch der Vorstand des Reichsschulvereins ist nicht schuld an dem Streik. In dem Organ desselben stand am 12. November ein Artikel, welcher die Aufforderung enthielt, daß die Vertretersmänner der Arbeiterausschüsse abstimmen sollten, wie sie über die Bestimmung denken. Ferner heißt es u. a.: Wenn auch nur die Hälfte mit uns nicht einverstanden ist, dann nicht alles nichts, dann müssen wir uns in das Unvermeidliche fügen. Der Umwille der Bergarbeiter hat zum Streik geführt, nicht die Heerei. Die Bergarbeiter wollen, daß das, was man ihnen bisher zugesprochen hat, bestehen bleibt, und daß die bisher bestehende Arbeitsordnung beibehalten werden solle. Das „Wolff'sche Bureau“ verbreitete vor einiger Zeit eine Depesche des Inhalts, daß die Arbeiter noch im November 450 M. für die Schicht verdient hätten, der Lohn beträgt aber nur 4 M. Als dies in der Versammlung auf dem Bildstock festgesetzt war, erklärte das Organ der Bergwerksverwaltung, der „Bergmannsfreund“, das sei eine unerschämte Behauptung. Eine derartige Behauptung muß natürlich die Leute verärgern. Zum ersten Male in Deutschland haben sich die Frauen an einer Lohnbewegung beteiligt. Wie soll das erklärt werden, wenn nicht besondere Gründe vorhanden waren. Auch wir waren von der Thatsache überrascht. Sieht es eine Er-

klärung dafür, so kann es nur die sein, daß der Druck, unter dem die Bevölkerung leidet oder zu leiden glaubt, ein viel größerer ist, als die Behörden zugeben. Angeseuert und begeistert haben diese Frauen in den Versammlungen die Männer. Daß das Auftreten der Frauen ja keinen günstigen Eindruck gemacht hat, mag sein. Es wird in den nächsten Jahren noch Manches geschehen, was auf Sie keinen günstigen Eindruck machen wird. Der Herr Minister hat gestern in etwas erregter Weise davon gesprochen, daß der Streik frivole, leichtsinnig und unter Rechtsbruch ins Leben gerufen sei, daß dies geschah unter einer Leitung, der man den Vorwurf der Unterschlagung und des Vertrauensmißbrauches u. s. w. an Geldern der eigenen Genossen machen muß. Bis jetzt ist es immer Brauch gewesen überall so anhängliche Menschen mit einander verfahren, daß, ehe ein solcher Vorwurf in die Öffentlichkeit geschleudert wird, man auch im Stande war, den Beweis für diese Behauptung vorzulegen. Ich erinnere an die Zeit, als der Saare-Projekt schwelte und im Hause über die Angelegenheit gesprochen wurde, da wurde von verschiedenen Seiten mit Unterstützung darauf hingewiesen, daß, ehe man eine solche Anklage erhebt, man das Urteil der Gerichte abwarten solle. Was dem Saare recht ist, ist den Mitgliedern des Reichsschulvereins einfach billig und diese Billigkeit ist außer Acht gelassen worden. Sie sind übrigens jetzt verhaftet worden. Mitten im Streik aus einem Anlaß, der seit vollen zwei Jahren beim Gericht anhängig ist. Bis jetzt hat man nicht zu einer gerichtlichen Verhandlung kommen können, weil der Zeitabstand nicht hat aufgestellt werden können. Nun beschuldigt man diese Leute, ehe noch die Gerichte gesprochen haben. Gegen dieses Vorgehen protestiere ich ganz entschieden. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)
Preussischer Handelsminister von Berlepich: Ich muß die letzten Worte des Redners auf das Entschiedenste zurückweisen. Ich halte mich für berechtigt, die Thatsache anzuführen, daß drei oder vier Personen verhaftet worden sind wegen Unterschlagung von Vereinsgeldern. Diese Thatsache ist richtig, und die Bemerkung, die die Herren in Beziehung darauf gemacht haben, daß es nicht zulässig sei, ein Urteil über Personen zu fällen, bevor das Gericht entschieden hat, trifft hier nicht zu. Ob die Betreffenden verhaftet sind wegen Dinge, die vor 2 Jahren geschehen sind, weiß ich nicht. (Nur bei den Sozialdemokraten: Um so schlimmer. Präsident v. Levetzow rügt den Abg. Grillenberg wegen dieses Zwischenrufes.) Das ist Sache der Gerichte, nicht der Verwaltung. Ich bleibe dabei, daß es mein Recht ist, derartige Thatsachen hier anzuführen, und ich werde durch die Bemerkungen, die sich der Herr Vorredner gestattet hat, mich nicht davon abbringen lassen.
Staatssekretär v. Vötticher: Um einer möglichen Legendenbildung vorzubeugen, ein kurzes Wort. Der Vorredner hat meine geistige Verantwortung der Interpellation so angefaßt, daß ich jeden Nothstand geeignet hätte. Ich habe das nicht gethan. Ich habe nicht allein in dem ersten Theil meiner Ausführungen gesagt, für die Regierung könne es sich nur darum handeln, ob der Nothstand einen Umfang und Charakter habe, daß ein Eingreifen von Seiten der Regierung angezeigt sei, und weiter hervorgehoben, daß ich geneigt sei, einen partiellen Nothstand namentlich für die großen Städte anzuerkennen, sondern ich habe daran die Aufforderung an die Behörden und Kommunalverbände gerichtet, da wo ein Nothstand ist, helfend einzugreifen.
Hierauf wird die weitere Besprechung vertagt.
Persönlich bemerkt Abg. Auer: Der Minister v. Berlepich hat erklärt, er hätte nur die Thatsache konstatirt, daß drei oder vier Leute wegen Unterschlagung verhaftet worden sind. Dagegen hätte ich mich nicht so scharf gewendet; er hat aber hieran eine ganze Reihe von Schlussfolgerungen geknüpft, ehe noch die Gerichte ein Urteil gesprochen haben.
Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Besprechung; Branntweinsteuer-Vorlage.)

Abgeordnetenhaus.

14. Sitzung vom 13. Januar 1893. 11 Uhr.

Am Ministertische: Graf zu Eulenburg, Miquel.
In dritter Lesung genehmigt das Haus zunächst den Gesetzentwurf, betreffend den Vorstoß im Kirchenverordnen der katholischen Kirchengemeinden in dem Geltungsbereich des rheinischen Rechts. Daraus folgt die erste Verabreichung des Gesetzentwurfes, betr. die Aenderung des Wahlverfahrens.
Abg. Wachen (3.): Meine und andere Parteien haben ihre Zustimmung zur Steuerreform abhängig gemacht von dem Erlasse eines neuen Wahlgesetzes. Das vorgelegte Wahlgesetz enthält gewisse Verbesserungen unseres heutigen Zustandes, ist aber keineswegs genügend. Es ist verbesserungsfähig. Die Regierung will diejenigen Veränderungen ausgleichen, welche durch das neue Einkommensteuergesetz bereits eingetreten sind und bei Weiterführung der Steuerreform noch weiter sich ergeben werden. Sie will den Status wiederherstellen, der vor Erlaß des Steuergesetzes bestand; aber wenn man einmal den status quo ante herstellen will, sollte man denjenigen herstellen, der sich ergab unmittelbar nach Erlaß des Wahlgesetzes. Das Wahlgesetz wirkte 1849 bei den veränderten Verhältnissen ganz anders als heute. Schon vor Erlaß des neuen Einkommensteuergesetzes im Jahre 1891 hatte die plütookratische Zuspitzung des Wahlrechts einen hohen Grad angenommen. Diefelbe ist durch die bisherige Steuerreform noch weiter gegangen und wird noch mehr vorangehen, wenn § 1 des Gesetzes in Kraft tritt, wonach auch die Kreis-, Kommunal- und Provinzialstenern in die Berechnung gezogen werden. Ich spreche es ganz offen aus: wenn wir es mit einer Publikation zu thun hätten, die sich der sittlichen Aufgaben des Reichthums voll und ganz bewußt wäre, so hätte ich nichts gegen die Begünstigung desselben einzuwenden. Wir haben es aber thatsächlich in weitem Umfange mit der Plutokratie zu thun, die ihre Interessen in durchaus einseitiger und egoistischer Weise zur Geltung bringt und deren Einfluß im Staatswesen keineswegs als günstig bezeichnet werden kann. Die zweite Klasse wurde bei Erlaß des Wahlgesetzes als Vertreterin der Intelligenz gedacht. Aber auch in diesem Punkte haben sich die Verhältnisse durchaus geändert. Die meisten akademisch Gebildeten und hochgebildete Kaufleute sitzen heute meist in der dritten Klasse. Hier in Berlin wählen sogar Minister in der dritten Klasse. Diese Elemente gehören in die zweite Klasse hinein. (Lebhafte, anhaltende Weiterkeit.) Dieser Ausspruch kann für die Minister keine Verletzung enthalten; ich wünsche nicht, daß sie in der ersten Klasse sitzen und daß ihre Intelligenz dort durch die Plutokratie lahmgelegt werde. Ich verlange, daß das direkte Wahlrecht für die Landtags-Wahl eingeführt wird, je eher, desto besser. Scheuen Sie sich nicht, dies zu thun! Es kann auch einmal die Zeit kommen, daß die Sozialdemokraten, welche jetzt das geheime direkte Wahlrecht fordern, dagegen anknüpfen. Die Bedenken gegen diese Reglerungsvoorlage sind also überaus große. So, wie sie jetzt ist, kann sie uns nicht genügen. Sie muß in erheblicher Weise verbessert werden. Ich beantrage die Ueberweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern.
Abg. Franke (nationalliberal). Es wird kaum möglich sein, daß das Abgeordnetenhaus die Initiative ergreift, um ein allgemeines Wahlgesetz zu erlassen. Der Erlaß eines solchen Gesetzes und die Vorbereitungen dazu müssen der Staatsregierung überlassen werden. Wir sind außerdem in dieser Session mit der Steuerreform so befaßt, daß wir mit der Neuordnung des Wahlgesetzes voranschreitend nicht zum Abschluß kommen würden. Wenn eine Stadt durch die Wahl ihre politische Meinung ausdrücken soll, dürfen nicht die größten Staatsmänner in die 3. Abtheilung kommen. Die bisherige Erfahrung mit dem Gesetz von 1891 hat uns schon die widerwärtigsten Konsequenzen gezeigt.

Eine Abhilfe läßt sich höchstens darin finden, daß die Abtheilungen durch die ganze Stadt gebildet werden. Auch weitere Anträge verzichten wir, weil wir im allgemeinen mit der Vorlage zufrieden sind. Wir müssen sie aber noch eingehend in der Kommission prüfen und sind daher mit der Ueberweisung an eine Kommission einverstanden. (Beifall bei den Nationalliberalen.)
Abg. v. Tzarinski erklärt sich namens der Polen gegen die Vorlage und tritt den Ausführungen Wachen's bei.
Abg. v. Tzschoppe (L.): Die Vorlage ist nur ein Provisorium, welches Mißstände beseitigen soll, die hervorgerufen sind, und zwar sowohl bei den Landtagswahlen wie bei den Gemeindevahlen. Daß die Gemeinde-, Kreis- und Provinzialstenern angerechnet werden sollen, ist vollständig berechtigt. Aber es wird sich fragen, ob man nicht die Naturalleistungen, fern die Abgaben an andere pseudokommunale Verbände ebenfalls anrechnen soll, so die Abgaben für Wegeverbände, Reichverbände und Schulsozialitäten. Klargestellt muß werden, welche Abgabensperiode maßgebend sein soll. Wir hoffen, daß ein Provisorium zu Stand kommt, welches allen Anforderungen genügt bis zum Zustande kommen einer grundsätzlichen Wahlrechtsreform. (Zustimmung rechts.)
Abg. Nicker (Dfr.): Es ist möglich, daß ein solches Provisorium zu Stande kommt, denn diejenigen, welche im Besitze des Stimmrechtes sind, werden sich nicht selbst expropriieren wollen. Das im Artikel 71 der Verfassung verheißene Wahlgesetz wird also noch lange auf sich warten lassen. Es scheint sogar, als wenn die Vorlage noch verschlechtert werden sollte. Wenn die geheime Wahl mit den nöthigen Kautelen versehen wird, die wir im Reichstage beantragt haben, dann ist jeder Terrorismus von unten und jede Beeinflussung von oben ausgeschlossen. Die Beamten, welche von der Günstigkeit ihrer Vorgesetzten abhängig sind, wissen, wie petalisch die öffentliche Stimmabgabe für sie ist. Die Herren, die unabhängig sind, welche sich um die Minister, Regierungspräsidenten, Landräthe und Gendarmen (Weiterkeit) nicht kümmern brauchen, haben freilich kein Verhältniß dafür. Die nicht bezahlte Grund- und Gebäudesteuer soll angerechnet werden, aber die bezahlten indirekten Steuern nicht. Warum sollen die Besitzenden das Privilegium haben? Die Anrechnung der indirekten Steuern wird den Schwerpunkt etwas in die dritte Klasse legen; aber das wird nicht so bedenklich sein. Mehrere Aenderungen des Reglements könnten durchgeführt werden, so die Bestimmung des § 13, wonach die Namen aller Wähler von Beginn an vorgelesen werden müssen und wonach die Wähler der Reihe nach abstimmen. Dadurch wird viel Zeit verloren. Warum werden nicht für jede Abtheilung gewisse Zeiten für die Wahl festgesetzt?
Abg. v. Seydebrand (Konj.): Es ist kaum möglich, ein vollständiges Bild von den Veränderungen zu geben, welche die Steuerreform in Bezug auf die Wahlen hervorgerufen hat. Ein definitives Wahlgesetz, wie es die Verfassung verspricht, wäre etwas Wünschenswerthes. Aber jetzt lassen sich die Erfolge der Steuerreform noch nicht genügend übersehen, daß man zu einem Abschluß kommen könnte. Die Verhältnisse sind auf dem Lande anders als in den großen Städten. In den Landgemeinden haben wir in der ersten Klasse Großgrundbesitzer, in der zweiten die Bauern und kleinen Handwerker, in der dritten die Händler und Tagelöhner. Die Vorlage bringt eine Verschiebung des Wahlrechts zu Gunsten der dritten, zu Ungunsten der ersten Klasse. Die Agitation sorgt allerdings bei der Reichstagswahl für eine starke Theilnahme, aber damit ist noch nicht gesagt, daß das Wahlrecht besser ist. Ist es keine schlimme Erfahrung, daß die Stimmen der Sozialdemokraten in die Millionen gewachsen sind, daß die Ruhe und der Friede ganzer Bezirke gestört wird! (Zustimmung rechts.)
Deshalb werden wir uns der Einführung des geheimen, allgemeinen, direkten Wahlrechts auf das entschiedenste widersetzen. (Beifall rechts.)
Abg. Herold (3.) hebt hervor, daß die Verhältnisse in den Städten und auf dem Lande verschieden sind. In den Städten müsse dafür gefordert werden, daß ein gewisser Prozentsatz der Wähler in den verschiedenen Klassen sei. Auf dem Lande ist das nicht nöthig, weil da die Theilnahme der Klassen sich ziemlich von selbst ergibt.
Abg. Herrfurth: Mit der Tendenz der Vorlage bin ich durchaus einverstanden. Meine Bedenken richten sich nur gegen Einzelbestimmungen. Einverstanden bin ich mit der grundsätzlichen Festhaltung des Dreiklassen-Wahlrechts, welches nur von Auswärtigen und Mißständen geändert werden soll. Denn nur auf diese Weise kann den Angriffen gegen das Dreiklassen-Wahlrecht als solches der Boden entzogen werden. Die Bedeutung des Reichstags-Wahlrechts liegt darin, daß es ein allgemeines ist, daß es der allgemeinen Wehrpflicht entspricht. Das Landtags-Wahlrecht ist auch ein allgemeines, freilich nicht entsprechend den Bestimmungen der Verfassung, nach welchen die steuerfreien Personen nicht wahlberechtigt sind. Das Landtags-Wahlrecht ist kein gleiches, sondern ein Klassen-Wahlrecht und nur innerhalb der Klassen ist es ein gleiches. Dieses Wahlrecht festzuhalten, liegt im Interesse der Entwicklung unserer Zukunft. Noch ein Punkt muß in Betracht gezogen werden. Die Aktiengesellschaften haben z. B. in Westfalen jetzt eine andere Stellung wie früher. Früher hatten sie nur ein kommunales Wahlrecht, wenn sie mehr Staats- und Gemeindefiskus bezahlten, als die Höchstbesteuerten. Das geschah früher nicht, weil Aktiengesellschaften keine Staatseinkommensteuer bezahlten. Das geschieht aber jetzt, und die Aktiengesellschaften werden leicht die erste Abtheilung beherrschen. Dagegen hilft die Vermehrung des Steuer-Solls auf die erste Abtheilung von 1/3 auf 1/2, nicht. Das Mittel ist zu homöopathisch. Die bloße Existenz des Reichstags-Wahlrechts ist eine Gefahr für das Dreiklassen-Wahlrecht; deshalb muß man dasselbe zu stärken suchen. Möge dies der Kommission gelingen, das ist ein Ziel, auf's Innigste zu wünschen. (Beifall rechts.)
Abg. Tasbach (3.): Daß bei der öffentlichen Abstimmung Beeinflussungen vorkommen, läßt sich ganz genau nicht beweisen, aber jeder, der die Vorgänge mit offenen Augen beobachtet hat, muß schon aus der Beschaffenheit der Wahllokale und aus dem Verfahren schließen, daß eine Beeinflussung abhängiger Personen die Regel ist. Hält man die drei Klassen aufrecht, dann muß man wenigstens die geheime Abstimmung einführen, die ja entsprechend dem Antrage des Abg. Nicker im Reichstage gesichert werden kann.
Abg. v. Gneist (nail.): Man findet unser Wahlrecht schlecht, ja man bezeichnet es als das schlechteste aller Wahlrechte. Das hängt ganz von dem Standpunkt ab, auf welchem man steht. Das Wahlrecht kann nur gestaltet werden nach der Geburt, nach dem Besitz und nach der Steuerleistung. Das Klassenwahlrecht nach Gruppen der Gesellschaft gegliedert können wir nicht einführen, denn es würde nicht festzustellen sein, wie die Verteilung der Stimmen sein soll, und selbst, wenn eine göttliche Offenbarung käme, sie wäre nach wenigen Jahren hinfällig; denn die Leistungen der einzelnen Gesellschaftsklassen für den Staat sind wandelbar. Deshalb müssen wir etwas tolerant sein. Die Gemeinden sind ja jetzt nicht mehr für sich bestehende, abgeschlossene Wirtschaftsgenossenschaften, sondern Glieder und Theilnehmer am öffentlichen Leben. Wenn die Kommission sich eingehend mit dieser Sache beschäftigt, wird sie vielleicht sehen, daß unser Wahlrecht nicht so schrecklich ist. (Lebhafte Beifall; Handklatschen einiger Nationalliberalen, was der Vizepräsident v. Heerenman als unzulässig rügt.)
Abg. Meyer-Veslin (Dfr.): Ich glaube, daß das vollkommene Wahlrecht ebenso vergeblich gesucht werden wird, wie die blaue Blume der Romantik. Ich glaube auch, daß das allgemeine Wahlrecht des Reichstages für die Kommunen sich nicht eignet, (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Dabei bleibt aber die Frage offen, ob ein Landtagswahlrecht sich mehr

dem Reichstags- oder dem Kommunalwahlsystem annähern soll. Das preussische Wahlsystem von 1849 wurde sehr eilig improvisiert und man verband damals zwei Gegenstände, die man sorgfältig trennen sollte: Das Steuersystem und das Wahlsystem. Das Wahlrecht sollte zu den konservativen Elementen des Staatsrechtes gehören, das Steuersystem aber sollte zu den beweglichsten Elementen gehören. Die Vorschläge des Herrn Herrfurth sind ganz scharfsinnig ausgedacht, sie werden auch den beabsichtigten Erfolg haben, aber den Konservativen werden sie nicht gefallen, und uns befriedigen sie auch nicht, denn das Gesetz von 1849 hat uns niemals gefallen; es muß von Grund aus geändert werden. Ob die vorgeschlagenen Reparaturarbeiten genehmigt werden oder nicht, ist uns gleichgültig. Für das Zentrum hat die Sache aber eine höhere Bedeutung, ob die Steuerreform ohne oder mit einer Wahlrechtsreform angenommen wird. Wir legen deshalb die weitere Behandlung der Sache vertrauensvoll in die Hände des Zentrums. (Weiterleit.)

Darauf wird um 3 1/2 Uhr die weitere Beratung auf Sonntagabend 11 Uhr vertagt.

Parlamentarisches.

In der gestrigen Sitzung der Militär-Kommission ergriff zuerst der Abg. Richter das Wort. Er kam zunächst auf die vom Reichskanzler in der vorigen Sitzung berührten politischen Verhältnisse zu sprechen und meinte, daß dieselben durchaus nicht anders gefagert seien, als sie seit 1870 immer gewesen, und keine Veranlassung böten, auf eine Schöpfung von so großer Dauer wie die gegenwärtige Militärvorlage von Einfluß zu sein. Auf die Bündnisverhältnisse übergehend, begrüßt er es, daß anscheinend Aussicht sei, daß künftig die auswärtige Politik mehr als seither der parlamentarischen Diskussion unterstellt würde. — Die jüngste Rede des Kanzlers habe auf viele Mitglieder die Wirkung ausgeübt, zu sagen, daß, wenn die Verhältnisse so schlimm sind, wie sie geschildert wurden, dann auch die gegenwärtige Vorlage nichts nützen könne, dann überhaupt „adieu Deutschland“. Er bestritt, daß Deutschland gegenüber Rußland direkte gegensätzliche Interessen habe, auch Oesterreich habe weniger, als der Kanzler meinte, Ursache, den Russen bei ihren „Wünschen“ bezüglich des Balkan und des Mitteländischen Meeres entgegenzutreten; daß sei viel mehr Sache der Engländer. Dadurch betäme auch die Frage unserer Marine ein ganz anderes Gesicht. Eine Kooperation französischer und russischer Schiffe sei überhaupt ausgeschlossen. Der missgünstigen Stellung Dänemarks gegenüber Deutschland müsse doch auch die gegen Rußland veränderte Stellung der Balkanstaaten in Betracht gezogen werden. Frankreich sei durch die Annexion von Tunis mehr als früher genötigt, seinen afrikanischen Kolonialbesitz zu schützen. Im allgemeinen sei die Lage Deutschlands nicht schlimmer als 1887. Bezüglich der Stärkeverhältnisse weist er darauf hin, daß wir Frankreich um eine Bevölkerungsmehrheit von 11 Millionen voraus sind und der vom Kanzler angeführte französische Bevölkerungszuwachs fast nichts zu bedeuten habe. Nach den Mitteilungen des Majors Gade vom Jahre 1890 sei unsere Kriegsmarine um über 300 000 Mann stärker als die russische. Das französische Uebergewicht von 328 000 M., das damals ausgerechnet sei, könne kaum in Ansatz kommen, weil dazu die „Väter und Großväter“, welche bereits im 25. Dienstjahre standen, gezählt waren. Die russische Präsenzstärke sei um weit über 300 000 Mann zu hoch angegeben worden, auch wenn man die Kosaken noch so hoch in Anrechnung bringe; die österreichischen und italienischen Kadres seien nicht schwächer, als die französischen und russischen, die französischen Reformsformationen seien minder stark als die deutschen. Nach einer längeren Kritik der strategischen Darlegungen des Kanzlers kommt Redner auf die finanzielle Seite der Frage. Es könne nicht bloß darauf ankommen, ob man die Mehrforderungen überhaupt tragen könne, sondern insbesondere darauf, ob die immer währenden und gar nicht voraussetzbaren Mehrausgaben für Militärzwecke nicht die ganze Kultur-entwicklung hindern werden. Er verweist dabei auf den preussischen Etat und die in demselben enthaltenen Defizits auf mehrere Jahre hinaus und entwickelt dann die aus den seitherigen Erörterungen bekannten Zustände, zu denen die Mehrheit des Reichstags bereit sei. Weitere Verhandlungen hätten gar keinen Zweck, wenn die Regierung auf dem Standpunkt bestände: Die Militärvorlage muß so angenommen werden, wie sie ist. Es handle sich dann nur noch um einen Kampf zwischen Militärdespotismus und Parlamentarismus, der je eher je besser durchgeföhrt werden müsse.

Der Reichskanzler entgegnet, die Regierung habe die Militärvorlage eingebracht, weil sie dieselbe für nötig halte und werde sie verteidigen, so lange sie könne; andere Justifikationen müsse er als Verächtlichkeit zurückweisen. Die preussischen Finanzen betreffend, sei die Regierung darüber einig, daß das, was zur Verteidigung des Reiches notwendig vorhanden sei, resp. aufgebracht werden könne. Er sucht sodann die ziffermäßigen und sonstigen Einwürfe Richters zurückzuweisen. Nicht die Freude an möglichst viel Soldaten sei das treibende Motiv der Regierung, sie wolle bloß in der Lage sein, einen event. Krieg siegreich führen zu können. Die Kultur-entwicklung werde nicht außer Acht gelassen, durch einen unglücklichen Krieg werde dieselbe aber viel mehr in Frage gestellt, als durch die Ausgaben in Friedenszeit. Einen breiteren Raum in seinen Ausführungen nimmt eine Darlegung über den modernen Festungskampf und den „Wert“ der Kavallerie ein.

Abg. von Stumm sekundiert dem Reichskanzler, gegen Richter polemisierend, ohne jedoch etwas anderes zu Tage zu fördern, als er schon im Plenum vorgebracht. In finanzieller Beziehung erklärt er: wenn es nicht anders gebe, dürfe sogar vor dem Tabakmonopol nicht zurückgeschreckt werden.

Bebel verweist darauf, daß er bei früheren Gelegenheiten stets der Ansicht Ausdruck gegeben habe, daß es bei Beratung von Militärvorlagen nicht lediglich auf bloße Rechenempfehlungen ankomme, sondern vielmehr auf die politische Stellung Deutschlands den übrigen Staaten gegenüber. Er konstatierte mit Genugthuung, daß man jetzt auch an maßgebender Stelle zu dieser Ansicht gelangt sei, wie aus den Reden des Kanzlers hervorgehe, ebenso daß man seine (Bebel's) Anschauung über unsere Stellung zu Rußland, wegen der er früher verhöhnt wurde, offiziellerseits theile. In Frankreich liegen die Dinge so, daß unter Herrn Cassimir Perier, welcher Aussicht auf den Präsidentenstuhl habe, den Orleans der Boden geodnet würde. Rußland habe an sich kein Interesse, zu verhindern, daß Elsaß-Lothringen wieder an Frankreich komme, es werde aber auch nichts dagegen thun und im Falle eines russisch-französischen Sieges den Franzosen auch noch das linke Rheinufer geben. Rußland und Frankreich werden sich bemühen, die Interessen Englands auf dem Balkan u. z. zu schonen, um es zur Neutralität zu veranlassen, sodas Drei- und Zweibund den Kampf allein auszuföhren haben würden. Die Gefahr, daß Rußland seine Herrschaft auf ganz Europa ausdehne, läge näher als je. Je mehr Rußland dem Zustand sich nähert, mit dem gegenwärtigen Regierungssystem zu brechen um eine Art parlamentarische Regierung einzurichten, desto mehr wird es auch in der Lage sein, sich finanziell zu kräftigen, seine großen Hilfsmittel auszunutzen und uns anzugreifen. Wenn letztere Eventualität auch in den nächsten Jahren noch nicht eintrete, so hätten wir doch jetzt schon alle Veranlassung, für ein Verteidigungssystem zu sorgen, welches uns die Möglichkeit giebt, den letzten Mann und recht viele Groschen auch wirklich auf-

bielen zu können. Dazu dürfe man aber nicht die Volkskraft durch indirekte Steuern, welche ja den Herren Stamm u. so angenehm sind, weil sie nichts dazu beitragen, aufzukaufen, erschöpfen. Man müsse dazu eine die ganze Nation umfassende Volksbewaffnung durchföhren. Redner verbreitet sich des Näheren über die Möglichkeit einer derartigen Organisation, durch welche man im Stande sei, nicht erst in 24 Jahren 4 1/2 Millionen aufzustellen, sondern in viel kürzerer Zeit ca. 6 Millionen den Feinden entgegenzustellen. Der Reichskanzler habe ja mit seinem heutigen Hinweis auf die amerikanische Kavallerie nachgewiesen, daß die Länder mit stehenden Heeren ungenügend viel von jenem Volkstheer gelernt haben. Nach einer längeren Ausführung über die Entwicklung der organisatorischen Arbeiten in Frankreich unter dem Zivilkriegsminister Freycinet schließt Redner damit, daß Deutschland absolut nicht in der Lage sei, den mit der jetzigen Vorlage beginnenden Verdy'schen Organisationsplan in seinen Konsequenzen durchzuführen, sondern daß nur ein Volkstheer in dem Sinne, wie es die Sozialdemokraten vorschlagen, als wirksamstes Wehrsystem Wert habe. Den gegenwärtigen Weg könne man nicht weiter gehen, auch Frankreich könne auf der bisher eingehaltenen Bahn nicht mehr weiter. Mit dem von uns vorgeschlagenen System würde Deutschland im besten Sinne des Wortes an der Spitze Europas stehen.

Der Reichskanzler wendet sich gegen Bebel, dessen Fleiß, sich in die verschiedensten Gebiete einzuarbeiten, er anerkennt, welcher auf dem Gebiete der Kriegsgeschichte aber nicht zu Hause sei. Ohne die Hilfe Wellington's hätten die Spanier bis heute noch nicht die Franzosen aus dem Lande gebracht. Die Kriege mit Völkern seien die theuerste Art der Kriegsföhren. Die Amerikaner könnten sich den Luxus gestatten, ohne Armees zu existieren, da sie „keine Nachbarn“ hätten. — Die Verdy'schen Pläne seien begraben, die jetzige Vorlage beruhe auf ganz anderer Grundlage. Das Zustandnis der zweijährigen Dienstzeit habe die Rückkehr zu den Projekten Verdy's unmöglich gemacht.

Freiherr v. Friesen (sächs. Konf.) wendet sich gegen Bebel und prophezeit baldigen Krieg. Man müsse dabei Alles bewilligen, was die Regierung verlangt. Er hat das Gefühl, als ob das Nationalgefühl, das in Frankreich, Italien und Rußland in den zwanzig Jahren sich erheblich entwickelt habe, bei uns in rückläufiger Bewegung begriffen sei. Auch das Röhlein der hohen Politik tummelte der sächsische Freiherr einige Zeit. Neues erzählte er indes nicht. Seine Bemerkung, daß er wahrheitsgemäß „der einzige Kavallerist“ in der Kommission sei, rief große Heiterkeit in der sonst gerade nicht zu humoristischen Abschweifungen geneigten Versammlung hervor. Daß die finanzielle Lage Deutschlands neue Steuern nicht gestatte, kann er nicht zugeben. Nach halb 6 Uhr wurde die Diskussion vertagt und die nächste Sitzung auf Montag Vormittag 10 Uhr angesetzt.

Die VII. Kommission, welche die lex Heinze zu beraten hat, trat heute Vormittag zu ihrer ersten beratenden Sitzung zusammen. Man beschloß von einer Generaldebatte abzusehen und in die Spezialdebatte einzutreten. Des Weiteren wurde beschlossen, über den ersten Paragraphen der Vorlage, § 180, und zwar den ersten Theil desselben zu debattieren, welcher lautet:

§ 180.

Wer gewohnheitsmäßig oder aus Eigennutz durch seine Vermittlung oder durch Gewährung oder Verschöpfung von Gelegenheiten der Unzucht Vorschub leistet, wird wegen Kuppelei mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft; auch kann zugleich auf Geldstrafe von einhundert bis sechstausend Mark, auf Verweis der bürgerlichen Ehrenrechte, sowie auf Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht erkannt werden.

Die Debatte war eine sehr lebhaft und interessante. Abg. Träger beantragte die Worte „nicht unter einem Monat“ und die Worte, welche sich auf die Geldstrafe beziehen, zu streichen, wodurch der Absatz in der bisherigen Fassung des Strafgesetzbuchs bestehen bliebe. Doch zog er im Laufe der Debatte den zweiten Theil seines Antrages zurück, den der Abg. Bebel wieder aufnahm.

Die Mehrzahl der Redner, namentlich die Vertreter des Zentrums, die Abg. Gröber, Forch, Rintelen und Spahn, wie der Abg. Stöcker sprachen sich sämtlich für Beibehaltung der Minimalstrafe aus, gegen dieselbe erklärten sich die freisinnigen und die sozialdemokratischen Vertreter. Die Abg. Bebel und Stadthagen wiesen in längeren Ausführungen die Widersprüche nach, in welchen sich die Vorlage bewegte, namentlich nahm der Abg. Bebel die Richter gegen die in den Motiven der Vorlage enthaltene Anklage in Schutz, dieselben urtheilten zu milde. Die Ausführungen, daß das vorgeschlagene Minimalstrafmaß in vielen Fällen ein zu hohes sei — Einwendungen, die mit Beispielen belegt wurden — veranlaßten die Abg. Forch und Spahn einen Zusatz zu beantragen, dahin lautend: „Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann die Strafe bis auf einen Tag Gefängnis ermäßigt werden.“

Für diesen Antrag erklärten sich auch die Redner der Opposition für den Fall, daß die Minimalstrafe Annahme finden sollte. Die Debatte wurde beendet, aber die Abstimmung ausgesetzt bis zum Abschluß der Beratung über den zweiten Absatz des § 180. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen und die nächste auf Donnerstag anberaumt.

Tokales.

Für die streikenden Vergleute des Saarebiers sind am 13. Januar rund Ein Tausend Mark Unterstüzungsgelder seitens der Expedition des „Vorwärts“ abgefordert worden.

Die Versammlung aller gewerblichen Arbeiter, welche für gestern Nachmittag 2 Uhr nach dem Saale der Schloßbrauerei in Schöneberg einberufen worden war, ist gleich der Polizeibehörde von Schöneberg verboten worden. Das Dorf der Millionäre bot aus diesem Anlasse auch gestern wieder das erbauliche Schauspiel dar wie am Donnerstag. In der Hauptstraße von Schöneberg wimmelte es von Polizeiorganen in Uniform und Zivil. Berliner Schutzleute zu Fuß und zu Rosse sekundierten den in Masse ausgebotenen Landgendarmen in deren Bemühungen, die durchaus nicht gefährdete staatliche Ordnung und Ruhe der Schöneberger Millionäre zu schützen. Auch die Nachwachter waren wiederum zum Tagesdienstbesuche herangezogen worden und sie waren wohl die Einzigen, deren Ruhe gestört worden ist. In Patronen zu 8 bis 4 Mann durchzogen die Repräsentanten der staatlichen Gewalt das bedroht sein sollende Schöneberg. Doch den Arbeitern, die in sehr geringer Zahl auf dem Platze erschienen, fiel es gar nicht ein, den Polizei-Organen irgend welche Gelegenheit zum Einschreiten zu bieten. Der Zugang zum Versammlungsort war wiederum durch Gendarmerei blockiert. Auch gestern prangte am Eingange zum Brauerei-Garten, wie vorgestern, nur unter Abänderung des Datums, folgende amtliche „Bekanntmachung“:

Die auf heute nach der Schloßbrauerei hier selbst einberufene Versammlung ist polizeilich verboten worden. Schöneberg, den 13. Januar 1893.

Der Amtsvorsteher.

Unterschrift und amtlicher Stempel.

Zur größeren Sicherheit war auch noch an einem Baume im Garten vor dem Saaleingange folgender Vermerk angebracht:

„Auf Anordnung der königlichen Polizeibehörde geschlossen.“ So konnte kein Mühlstein hindurchschlüpfen — Schöneberg hatte Ruhe!

Ueber allzu hohe Löhne können sich die Berliner Arbeiter wirklich nicht beklagen. Von den Löhnen der Handarbeiter wollen wir gar nicht reden, die bewegen sich in dem bekannten Zirkel: Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel. Aber auch Handwerker, deren Arbeit schon Geschick erfordert, werden herzlich schlecht bezahlt. So schreibt uns ein Bergolder: Seit Mitte August arbeitete ich in einer Goldrahmenfabrik in der A.-Straße. Wenn ich in Afford arbeitete, verdiente ich wöchentlich 8—14 M., in feinem Loh gab es 15 M. Die Arbeitszeit fiel zwischen 8 Uhr Morgens und 11 Uhr Abends. Sonntags mußte ich häufig auch arbeiten von 8 oder 9 Uhr Vormittags, bis 2 oder 3 Uhr Nachmittags. Es blieb aber auch dann bei dem Wochenlohn von 12—14 M. Daß man hiervon nicht aus „Sparen“ denken kann, brauche ich Ihnen doch nicht näher auszuföhren. Ich bin eben jede Woche gerade so knapp durchgekommen, wenn einmal des Sonntags der Lohn nicht pünktlich gezahlt worden wäre, hätte ich schon an demselben Abend nichts mehr zu essen gehabt, an Miete, Steuern u. s. w. zahlen wäre gar nicht zu denken gewesen. Die vorletzte Woche vor Weihnachten mußte ich ganz unerwarteter Weise die Arbeit aufsetzen — der Ausfall an Lohn war schon ein böser Schlag für mich. Die Weihnachtswoche konnte ich wieder arbeiten und erhielt am Christabend 12 Mark Lohn ausgezahlt, also schon etwas weniger denn gewöhnlich. Es wurden aber außerdem noch für 2 Wochen Kassengelder mit 90 Pf. abgezogen, sodas ich einen Schah von 11 M. 10 Pf. zur Verfügung für die Feiertagswoche besaß. Der freie Nachmittag des Christtags war mir mit berechnet worden, die übrigen Abzüge erfolgten wegen „zu langsamem Arbeiten“. Eine weitere Erklärung wurde mir nicht gegeben. Es ist mir selbst nicht bewußt, daß ich gerade diese Woche „langsamer“ gearbeitet hätte, wie sonst, aber es ist ja möglich, daß quantitativ weniger von mir zur Ablieferung gelangt ist. Immerhin aber hätte es der Arbeitgeber wohl verschmerzen können, wenn er nicht gerade zu den Feiertagen diesen Lohnabzug gemacht hätte, — man spricht doch sonst immer so viel von „Gedulde“ und „Feiertagsstimmung“! Ich habe weder von der ersteren noch von der letzteren etwas zu hören oder zu sehen bekommen.

Die „nothleidende“ Landwirtschaft weiß sich stets billige Arbeitskräfte heranzuziehen. Es bleibt sich für die Landlords gleich, woher sie dieselben beziehen, sie würden selbst vor dem Import von Kulis nicht zurückschrecken. Ein sehr flottes „Geschäft in Arbeitern“ hat sich in den letzten Jahren zwischen dem hiesigen „Klub der Landwirthe“ und den „Nehmern“ in der Provinz entwickelt. Der Klub bezieht seine „Arbeiter“ von den Strafanstalts-Direktionen und bekommt da natürlich stets durchaus tüchtige Elemente, denn was da eine Reihe Jahre lang in einer Strafanstalt „gebesert“ worden ist, ist so fette geworden, daß es aus der Hand ist. Im Laufe der letzten Jahre hat der Klub 15 272 Stück Strafgefangene und Straftaslose in ländliche Arbeitsstellen gebracht, davon etwa zwei Drittel direkt in landwirtschaftliche Betriebe. Und welche erhebenden Resultate sind da erzielt worden: die überwiegende Mehrzahl, etwa 75 Prozent, sind als gebesert zu betrachten, und viele haben Jahre lang in derselben Stellung ausgehalten und sich oft durch Mähtertheit, Arbeitsfreudigkeit und Sparsamkeit vorthelhaft vor den unbestraften Arbeitern auszeichnet. Das ist freilich kein Wunder, denn der Rumpfsch-Esser ist eben genügsamer wie der freie Arbeiter, der die „Bildungsanstalt“ des Zuchthauses noch nicht hinter sich hat.

Ein Kummer drückt die Klubmitglieder aber doch: Weibliche Straftaslose haben sich „eigenthümlicher Weise“ wenig oder gar nicht bereit finden lassen, in ländliche Arbeitsstellen zu gehen. So sind nun diese Weiber! Anstatt die einträgliche Stellung einer „Magd“ anzunehmen, leben sie lieber in der Stadt in den dürftigsten Verhältnissen oder gehen ganz unter. Woher diese Abneigung wohl kommen mag? Haben sich denn das die Anstaltsleute noch einmal überlegt? Nun, wir wollen ihnen einige Fingerzeige geben: Die Magd des Gutbesizers beneidet in der Regel die Kuh oder das Pferd ihres Arbeitgebers und wünscht oft, an deren Stelle zu sein. Die Magd wird nicht betrachtet als „Gesinde“, nein, sie kommt erst nach diesem. Sie muß die anstrengendsten Arbeiten verrichten, die sich mit ihrer Körperbeschaffenheit kaum vertragen, sie wird unglaublich schlecht bezahlt, und sie ist der Willkür des Dienstherrn ebenso preisgegeben wie der des männlichen Personals. Im übrigen ist ihr Lebensgang abgeschloffen, sobald sie am Gestirne eifich sieht, sie ist Magd und wird Magd bleiben, wenn anders nicht ein — Knecht kommt und sie heirathet. Dann geht die Quäkerei aber erst recht los. Und da geröthen die Herren Landwirthe noch in großes Erstaunen, wenn ein solcher sogenannter Lebensberuf „wenig oder gar nicht“ gewöhlt wird!

Eine gar rührende Geschichte von einer Handwirthin wundermild, so in Rixdorf domicilirt, macht jetzt die Runde durch die bürgerliche Presse. Man höre nur: „Zu einer in der Steinmehstraße zu Rixdorf wohnhadsen Familie kam Montag ein Berliner Gerichtsvollzieher, um auf Grund eines vollstreckbaren Schuldtitels in Höhe von zehn Mark eine Pfändung vorzunehmen. Durch längere Arbeitslosigkeit des Ehemannes war die arme Familie schon gezwungen gewesen, diverse Wirtschaftssachen zu verkaufen, so daß nur noch wenige Stücke für den Gerichtsvollzieher übrig blieben. Es waren meist theure Andenken, von denen sich die Frau unter keinen Umständen hatte trennen wollen, und nun sollten sie ihr doch entrisen werden. Weinend lief die Kernste auf die Straße, um nicht sehen zu müssen, wie man ihr das Letzte, was sie besaß, fortgeschaffe. Da begegnete ihr die Besizerin des Hauses, in welchem sie wohnte, und erkundigte sich nach der Ursache ihrer Thränen. Zögernd erzählte die Kernste, was ihr widerfahren sollte. Wie ercent und überrascht aber war sie, als die Wirthin ihr sagte, sie werde den Gerichtsvollzieher bezahlen, und so geschah es auch.“

Die Hauswirthin hat also 10 Mark geopfert, um die Auspfändung ihrer Wirthin zu verhindern, und das macht ihrem guten Herzen alle Ehre. Wir wünschen nur, alle Hausbesitzer gingen hin und thäten dergleichen. Aber ist es nicht schlimm genug, wenn sich ein Gläubiger findet, welcher wegen einer so geringfügigen Summe den Gerichtsvollzieher in Bewegung setzt? Die Frau besand sich in der unter den heutigen Verhältnissen immerhin „glücklichen“ Lage, noch „wenige Stücke“ zu besitzen, allerdings waren das theure Andenken an eine ehemals glanzvolle Vergangenheit. Wieviel Familien aber giebt es nicht, bei welchen auch diese theuren Andenken schon bei Beginn des Winters verstreut werden müßten? Die Arbeitslosen im Haugenwerbe werden im Reich nach ungefährer Schätzung 120 000 betragen. Angenommen, die Hälfte sei verheirathet, so haben wir schon in einem einzigen Gewerde 60 000 Familien, bei denen der Verdienst während der Wintermonate gleich null ist. So lange noch etwas zu verkaufen oder zu versetzen vorhanden ist, schlägt man sich hiermit täglich durch, aber sehr bald ist auch das letzte „theure Andenken“ zum Pfandleiher gewandert, und dann beginnt der Kampf mit dem Hunger, in welchem der Letztere gewöhnlich Sieger bleibt. Und trotz alledem führen die Nothstandsleuener eine herausfordernde Sprache, sie behaupten noch immer, daß es einen Nothstand nicht gebe, er sei wenigstens nicht schlimmer und nicht drückender wie in jedem Winter all die Jahre zuvor!!

Ein Heberfall auf einen Schuhmann durch nicht ermittelte sechs Stroiche sollte, wie amtlich gemeldet wurde, am vorigen Sonntag Abend um 11 Uhr vor dem Bahnhof Großgörschenstraße verübt worden sein, wobei dem Beamten der Säbel fortgenommen wäre. Wie ein Berichterstatter nun meldet, soll sich die Sache wesentlich anders verhalten haben. Der Schuh-

Manu ist nicht von Strolchen überfallen worden, sondern er hat Schöneberger Bürger überfallen. Am Sonntag Abend haben mehrere Schöneberger Bürger, wie ein betrunkenen Berliner Schuhmann einen jungen Mann vorwärts zerrte. Der Hausbesitzer Nicolai fragte den Schuhmann, was der Arrestant verbrochen habe. Als dieser Leutere sagte, er habe den Schuhmann nur nach dem Wege zum Bahnhof gefragt, fuhr der Beamte seinen Gefangenen in einer Weise und mit Worten an, die zu den niedrigsten Gassenhändeln gehören. Darauf aufmerksam gemacht, daß diese Sprache unschicklich sei, zog der Schuhmann nun seinen Säbel und fing an, wild um sich zu schlagen. Anderen hinzukommenden Bürgern gelang es, ihm den Säbel zu entwenden. Dann transportierte man den Beamten nach dem Amtsbezirk, wo er über Nacht blieb, nachdem er den Amtsvorsteher auch noch an die Brust gepackt hatte. Am nächsten Morgen soll er von der ganzen Sache keine Erinnerung mehr gehabt haben. — So meldet der Berichterstatter unter Anführung der Namen der Schöneberger und unter Mittheilung weiterer Einzelheiten. Der Schuhmann soll bisher nur auf Probe angehalten sein. Die Schöneberger, welche ursprünglich die Sache auf sich beruhen lassen wollten, sind nach der amtlichen Darstellung der Sache entschlossen, sie zu behördlichem Austrag zu bringen.

Die Feuerwehr hatte am Freitag früh zwei größere Brände von Tischlereien in der Weberstraße zu bekämpfen. Der erste derselben, welcher gleich nach 4 Uhr zur Meldung gelangte, hatte seine Stätte auf dem Grundstück Weberstr. 41, und beim Eintreffen der Feuerwehr bereits einen Theil des Inhalts einer Tischlerei, sowie den Fußboden und das Zwischengebälk nach der darüber befindlichen Tischlerei ergriffen und in letzterer Holzer und die Deckenschalung in Mitleidenschaft gezogen. Zur Bekämpfung des Brandes wurde eine große Handdruckspritze in Thätigkeit gesetzt und hierdurch demselben bald der Garaus gemacht. Ueber die Entstehungsbursache hat sich nichts ermitteln lassen. — Während die Feuerwehr noch mit dem Aufräumen der Brandstätte beschäftigt war, erfolgte kurz vor 7 Uhr der Ruf derselben nach Weberstraße 16. Hier war die Situation bedenklicher, als am ersten Brandorte. Das Feuer, in der im ersten Stock befindlichen Tischlerei zum Ausbruch gekommen, hatte an den großen Vorräthen fertiger und halbfertiger Möbel die denkbar günstigste Nahrung gefunden und sich sowohl nach der darunterliegenden Tischlerei als auch nach der darüber liegenden Billardfabrik einen Weg gebahnt und hier sein Zerstörungswerk fortgesetzt; doch ist der hier angerichtete Schaden geringer, als am Ursprungsorte. Ein Mann und eine Frau, welchen durch die immense Qualmentwicklung der Rettungsweg aus ihrer neben der Billardfabrik belegenen Wohnung abgeschnitten war und die sich in Lebensgefahr befanden, wurden sogleich von der Feuerwehr mittels Rettungsapparaten ins Freie in Sicherheit gebracht. Mit den Rettungsarbeiten gingen die Ablösungsarbeiten Hand in Hand; dieselben gestalteten sich insofern höchst unangenehm, als der starke Rauch das Vordringen zum Brandherd nur unter Anwendung des Rauchhelms und des Feuerschutzanzuges ermöglichte. Der Angriff des Feuers erfolgte mit drei Rohrlösungen, jedoch bedurfte es zur Bewältigung desselben eine längere angestrengteste Thätigkeit. Die Aufwandsarbeiten nahmen noch längere Zeit in Anspruch. Auch hier hat die Entstehungsbursache sich nicht ermitteln lassen. — Zwei am Donnerstag Abend 8 und 9^{1/4} Uhr Friedenstr. 98 bezw. Thiergartenstraße 4a gemeldete Brände erlangten eine größere Ausdehnung nicht. An erster Stelle handelte es sich um einen bei Aufbaumarbeiten verursachten Fußbodenbrand, an letzterem Orte brannten aus gleicher Ursache Zuberbedeckungen, Fußboden und Möbel in einem Speisekammer.

Die Persönlichkeit des Tersinnigen, der vorgestern Mittag in der Zimmerstraße allerlei Gewaltthatigkeiten verübte, ist nunmehr festgestellt worden. Es handelt sich um den 50 Jahre alten Korrespondenten Anton Budt, der in dem Pensionat von Reichert, Zimmerstr. 62, wohnte. Er war vom Jahre 1888 bis 1892 bei der Firma Meyer u. Viehlich in der Schützenstraße beschäftigt, verließ die Stellung ohne besonderen Grund und zeigte in der Nacht zum Donnerstag den ersten Spuren des ausbrechenden Wahnsinns, indem er erregte Selbstgespräche hielt und die übrigen Bewohner des Pensionats weckte. Er verließ um 11^{1/2} Uhr die Reichert'sche Wohnung und wurde alsbald auf der Straße tob-süchtig. Er ist noch gestern Abend als ein gemeingefährlich Tersinniger der Charitee zugeführt worden.

Ein Pariser Heirathsschwindler in Berlin. In einer hiesigen Zeitung war längere Zeit hindurch eine Annonce enthalten, die lautete: Männer! Für junge Wälderstöchter, Deutsche, Mitgift 70 000 M., jedoch mit Kind, das adoptirt werden muß, wird passender Gatte gesucht. Vermögen nicht beansprucht. Offerten postlagernd Paris unter Angabe einer bestimmten Chiffre. Ein Berliner meldete sich daraufhin und erhielt aus Paris einen Brief von einem Dr. Hugo de la Valle, Rue St. Marie 48, der etwa dahin lautete, daß unter den zahlreich eingelaufenen Offerten ihm die des Schreibers am besten gefallen habe. Da er jedoch als Vertreter der Familie der jungen Dame, um deren glückliche Verheirathung er sich bemühe, im Auftrage des Vaters streng darauf zu achten habe, daß unsolide Elemente ferngehalten würden, so könne er sich mit dem Schreiber nur dann weiter einlassen, wenn dieser zur Deckung der Kosten für die über Charakter und Lebenswandel einzuziehende Information 50 Mark einfende. Saute die Auskunft günstig, so könne die Hochzeit in einigen Wochen erfolgen. Der heirathslustige Berliner hat sich zu dem Vorstich nicht verstanden, da er wohl mit Recht vermuthet, daß das ganze Schwindel ist.

Vermißt wird seit dem 28. Dezember, die 73-jährige Wittwe Jehnspfund. Die Angehörigen bitten den Aufenthalt der alten Frau dem nächsten Polizeiamt anzuzeigen.

Polizeibericht. Am 12. d. M. Morgens wurde ein Schankwirth in seinem Lokale, in der Färberingerstraße, erhängt vorgefunden. Im Laufe des Tages fanden neun Brände statt.

Veranstaltungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den dritten Berliner Reichstagswahlkreis hielt am 12. Januar seine ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende August Schweiger begrüßte die zahlreich erschienenen zunächst mit einem Glück auf zu weiterer Thätigkeit im neuen Jahr! Nach Verlesung und Annahme des Protokolls der letzten Versammlung erstattete Gründel den Kasienbericht. Mit dem Ueberschuß von 3. Vierteljahr von 390,55 M. betragen die Einnahmen im 4. Quartal 652,15 M. Die Ausgaben für Referenten, Flugblätter, Annoncen u. s. w. ergeben den Betrag von 429,54 M., es bleibt somit ein Bestand von 222,61 M. Auf Antrag des Referenten G. Schulz wurde der Kassirer entlassen. Den Bericht des Gesamtvorstandes verlas Schweiger. Es haben demnach im vergangenen Jahre 13 Versammlungen stattgefunden, in welchen Vorträge wirtschaftlicher, politischer und wissenschaftlicher Art gehalten wurden. Zweimalige Flugblattvertheilung innerhalb des Wahlkreises und 4 Agitationstouren in die Provinz sollten veranstalten, unserer Sache neue Streiter zuzuführen. Der Verein zählt zur Zeit 500 Mitglieder gegen 301 im Vorjahre. Genosse Fröhlich hatte an dem Bericht des Vorstandes nichts zu bemängeln, nahm aber Gelegenheit, die Mitglieder aufzumuntern, bei der Flugblattvertheilung sich reger zu betheiligen. Hierauf wurde zur Wahl geschritten, welche folgendes Ergebnis hatte: 1. Vorsitzender H. Bielde, 2. Vorsitzender Apelt, 1. Kassirer Gründel, 2. Kassirer Rehr, 1. Schriftführer Ladewig

2. Schriftführer Wiersehof, Beisitzer Otto Krämer, Referenten Kohlerhard, G. Schulz und Wagner I (Oranienstraße). — Der angehängte Vortrag des Genossen Rößter wurde auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gestellt. Fröhlich beantragte, an die pünktlich zahlenden Mitglieder von Zeit zu Zeit Broschüren, wie Erläuterung zum Programm, Protokolle der Parteitage u. unentgeltlich zu vertheilen. Dadurch würden die Genossen angepornt und mit den Erzeugnissen der Parteiliteratur bekannt. Rößter und Börner schloßen sich dem an und wiesen auf den guten Erfolg hin, den die Hamburger Genossen erzielten. G. Schulz und Wagner I hielten die Sache für durchführbar, wenn die Beiträge erhöht würden. Gegen die Erhöhung der Beiträge wandten sich Fröhlich, Großegreul und Treidelmeier. Der Antrag Fröhlich wurde dem Vorstand überwiesen, der denselben nochmals durchberathen und auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung stellen soll. — Ein Antrag Kestinke, „der Arbeiter-Sanitätskommission 10 M. zu überweisen“, wurde abgelehnt, nachdem verschiedene Genossen hervorgehoben hatten, daß es Sache des Staates oder der Kommune sei, uns vor Seuchen zu schützen. In der Diskussion über einen Antrag von Gründel, „den streikenden Bergarbeitern 100 M. zu bewilligen“, nahm Apelt das Wort, um über die am selben Tage im Reichstag gepflogene Nothstandsdebatte zu berichten. Die Versammlung gab ihrer Entrüstung Ausdruck über die Worte, womit König Stumm die verweirten Bergarbeiter in so unerhörter Weise beleidigt hat. Dadurch, daß derartige Herren als Nothstandsbedenkler und durch ihre Heheereien auf die Arbeiter und deren Führer auch dem Indifferentesten die Augen öffnen, erweisen sie sich als unsere besten Agitatoren. In Anerkennung dieser ihrer Verdienste überwieß die Versammlung das sonst zur Agitation bestimmte Geld diesmal den nothleidenden Brüdern im Kohlenrevier. Börner hoffte, der Parteivorstand würde die Gelegenheit benützen und den Bericht über die Nothstandsdebatte als gutes Agitationsmittel in Broschürenform zur Massenverbreitung herstellen lassen. Mehrere Genossen waren derselben Meinung. In der Erwartung, daß diesen Wünschen stattgegeben werde, lehnte die Versammlung einen Antrag ab, mit dem Geld auch gleichzeitig eine Anzahl Nummern des „Vorwärts“, welcher die Rede König Stumm's enthält, anzukaufen und an die Bergarbeiter zu senden. Die Angelegenheit mit dem Referatorkämpfer in Treptow (die Referate betreffend) soll der Lokalkommission zur Erledigung unterbreitet werden. Apelt ersuchte die Mitglieder, welche bei der Dekorierung des Saales zu dem am Sonntag, den 15. Januar in der Berliner Ressource stattfindenden 2. Stiftungsfest helfen wollen, sich am Sonntag früh 8 Uhr bei Gründel einzufinden. Mit dreifachem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie fand die Versammlung 12^{1/2} Uhr Nachts ihren Abschluß.

Eine öffentliche Versammlung von Arbeitgebern besaßte sich am Dienstag Abend mit der Anstellung von Kandidaten zu den Gewerbezugs-Wahlen. Aufgestellt wurden die Genossen Körbel, Keller, Trügemüller, Kumpf, Dürmerschmidt, Mattutat, Ost, Börner, Schöning, Spindler, Wohlleben, Gande, Geyer, Scholz, Lüdemann, Jrgang, Wartenberg, Spandau, Schulze, Alb. Böhl, Paduch, Gafm. Scholz, Fr. Schröder, Wille, Gnadt, Knorr, Richter, Winkelmann, Dirichs, Dindlage, Friede, Feldmann, H. Richter, J. Förster und Ulrich. Hervorzuheben ist noch, daß die Versammlung einstimmig beschloß, obige Genossen als Kandidaten aufzustellen. Wahle stellte einen Antrag, nach welchem in nächster Zeit noch eine Arbeitgeber-Versammlung stattfinden soll, und empfahl, die Einladung dazu durch Schulausschlag zu erlassen. Die Versammlung beschloß dem Antrag gemäß mit dem Zusatz, daß die nächste Versammlung im 6. Wahlkreise stattfinden soll. Eine Debatte über das Abonniren des „Vorwärts“ von Seiten der Arbeitgeber förderte zu Tage, daß ein Theil derselben aus Mächtig auf seine Kandidatur den „Vorwärts“ nicht halten zu können glaubte. Verschiedene Redner wiesen demgegenüber darauf hin, daß ein sozialdemokratischer Arbeitgeber auch den „Vorwärts“ halten könne, wenn er nur wolle. In Sachen der Kostenaufbringung für die Gewerbe-zugs-Wahlen wurde den Anwesenden nahe gelegt, recht zahlreich auf die in nächster Zeit von der Streik-Kontrollkommission verausgabten Listen zu zeichnen. Ein Antrag, eine nochmalige Zellerammlung zum Schluß der Versammlung vorzunehmen und den Ertrag dieser den streikenden Vergleuten zu überweisen, wurde angenommen. Diese Sammlung ergab die Summe von 9,20 Mark.

Die hiesige Zahlstelle des Zentralverbandes der Bau-Arbeiter und Verlagsgenossen hielt am 8. d. M. ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zu Ehren des verstorbenen Kollegen und Genossen Lüderich hielt der Bevollmächtigte eine Ansprache an die Mitglieder, in welcher er der Verdienste des Verstorbenen um die Organisation rühmend gedachte. Sodann schritt die Versammlung zur Vorstandswahl; aus derselben gingen hervor: R. Kräger als erster, H. Heidemann als zweiter Bevollmächtigt, G. Kothke als erster, G. Meiner als zweiter Kassirer, sowie M. Dörich, Frischbach und Holz als Referenten. Zum Schluß wurde die Abrechnung vom vierten Quartal des vorigen Jahres verlesen, welche eine Einnahme von 21,20 M. und eine Ausgabe von 17,70 M. ergab. Es bleibt mithin ein Bestand von 3,50 M. Dem Kassirer wurde Decharge erteilt.

Im Arbeiter-Bildungsverein „Zukunft“ zu Reinickendorf hielt am 8. Januar Genosse Thal einen lehrreichen Vortrag über die Religion im Lichte der Wissenschaft. An der Diskussion betheiligten sich mehrere Genossen im Sinne des Referenten. Hieran wurde beschlossen, die beantragte Erhöhung des Monatsbeitrages um 5 Pfg., welcher Betrag zur Deckung der durch die Liedertafel verursachten Kosten verwendet werden soll, sowie die zu fassenden Bestimmungen bez. des Stiftungsfestes in der nächsten Versammlung zu beraten. Zum Schluß fand ein Antrag auf Beschaffung eines Tragelohens Annahme.

Vergnügungsverein „Morgensterne“. Sonnabend Sitzung um 9 Uhr bei Gründel, Kaiserstr. 88.

In der humanitären Gemeinde, Kommandantenstr. 79, hält am nächsten Sonntag, Vormittags 10 Uhr, Herr Schäfer den Vortrag über: Töbende Verbrechen eines Religionsvertrages. — Gäste willkommen.

Kranken- und Begräbnis-Kasse des Vereins sämtlicher Gewerkschaften Berlin 5. Moabit. Versammlung Sonntag Vormittags 10 Uhr bei Wiedemann, Rasthausstr. 79.

Freiwillige Gemeinde, Rosenhaldenstr. 88, Sonntag, den 15. Januar, Vormittags 10 Uhr, Versammlung. Herr Manasse: Ethik und Freidenkertum. Montag, den 16. Januar, Abends 8 Uhr, Versammlung.

Allgemeine deutsche Krankenkasse für Weber, Wäcker, Färber, Spinner u. s. w. G. P. 67, Old Chemnitz, Sonntag, den 15. Januar, Vormittags 10 Uhr, Versammlung, im Lokale Dr. Trautmanstr. 125. Tagesordnung: Kasienbericht, Vorstandswahl.

Spiel- und Gesellschafts-Klub „Der“, Elisabethenstr. 14. Sonnabend Sitzung mit Damen, Alteslad.

Versammlung der Allgemeinen Kranken- und Sterbe-Kasse der Arbeiter, G. P. 29, in Hamburg, Alteslad, Berlin, Sonnabend, den 14. Januar, Abends 8 Uhr, bei Schlichter, Kleins. Marktstr. 10.

Chor- und Vergnügungs-Verein „Bühnenchor“. Sitzung jeden Sonnabend Abends 9 Uhr, Köpenickerstr. 158 in Buch's Restaurant.

Heuer Berliner Handwerker-Verein. Sonnabend, den 14. Januar, Abends 9 Uhr, Vereinsversammlung bei Oehlmann, Wäckerstr. 11. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Carl Julek. Thema: Römische Gezeiten in der Kaiserzeit.

Arbeiter-Bildungsverein. Sonnabend, Abends 8^{1/2}-10 Uhr. Süd-Schule, Färberstr. 48: Unterricht in Deutsch (aut.); Süd-Ost-Schule, Wäckerstr. 125: Unterricht in Physikologie; Ost-Schule, Wäckerstr. 31: Unterricht in Rechnen (aut.); Nord-Schule, Wäckerstr. Nr. 179: Unterricht in Buchführung und oberes Rechnen. In alle Fächer können noch Schüler und Schülerinnen auch jetzt im Laufe des Semesters eintreten.

Deutscher sozialdemokratischer Leseklub in Paris. Rue St. Bonnet 314, Cafe du Lion de Belfort. Jeden Sonnabend öffentliche Versammlung; reiche Bibliothek, Zeitungen, französischer Unterricht. Der deutsche Arbeiter, der fremd nach Paris kommt, findet hier einen Aufnahmepunkt, Rath und Belehrung.

London. Der einzige hiesige sozialdemokratische Verein London's, der alte, von Karl Marx und Friedrich Engels 1840 begründete Kommunistische Arbeiter-Bildungsverein befindet sich nach wie vor 49 Tottenham Street, Tottenham Court Road, W. London.

Arbeiter-Jugendbund Berlin und Umgebung. Alle Versammlungen im Vereinslokal sind zu richten an Friedrich Kottum, Wäckerstr. 70. Sonnabend, Abends 9 Uhr: Übungsstunde. Aufnahme neuer Mitglieder. Grane Giche, Kirchof, Hermann und Anseebach-Kroten-Gade bei Geyers. — Urania, Wäckerstr. 31 bei Wiedemann. — Sanges-Ges., Rannstr. 66, bei Jubel. — Frauend. G. P. 2, Friedenstr. Nr. 48 bei Zoltan. — Bild zu, bei Knebel, Färberstr. 28 (Gesundbrunnen). — Teltow in Teltow, Schwarzer Adler. — Gemeralda, Färberstr. 21 bei Naab. — Ledertranz in Brandenburg, Wäckerstr. 10/11. — Hand in Hand 2, Friedrichsberg, Friedrichsberg, 11 bei Gemede. — Gesundbrunnen Männerchor, Gesundbrunnen, Prinzen-Allee 10. — Gefangenerin „Bruderhand“ in Schönwalde (in der Markt) bei Schulze. — Frisch auf Friedrichsberg, Rummelsburgerstraße bei Deder. — „Vorwärts“ Rummelsburg, bei Borgmann. — Gefangenerin „Immergrün“, Zegel, Schlossstraße bei Schulz.

Sund der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgebung Alle Zuschriften, den Bund der geselligen Arbeitervereine betreffend sind zu richten an: R. Gentel, Bergmannstr. 21, Hof 3 Tr. Sonnabend: Theaterverein „Phigenta“, bei Kramer, Kirchof, Hermannstr. Nr. 140. — Tambour-Verein „Vorwärts“, Kirchof, Hermannstr. und Wäckerstr. bei Kober. — Tambourverein Deutsche Giche bei Wiedemann, Färberstr. Nr. 7. — Geselliger Verein „Nord“ bei Kräger, Färberstr. Nr. 5. — Geselliger Verein „Gut Heil“, Neue Königstr. Nr. 89. — Geselliger Verein „Italia“, bei Wölke, Wäckerstr. 22. — Geselliger Verein „Jugendfreunde“ bei Schulz, Prinzenallee und Treidowstr. bei Deder. — Vergnügungsverein Heigolands 2 bei Riegel, Stalauerstr. 67.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Sonnabend, Paul Nidel'scher Musikverein Allegro bei Spindler, Wäckerstr. 118, Gade Färberstr. 28.

Zurverein Gesundbrunnen. Die 2. Männerabtheilung turnt heute von 8^{1/2}-10^{1/2} Uhr in der Turnhalle, Freiwalderstr. 27.

Bühnenverband Romania jeden Sonntag Sonnabend im Monat der Bekämpfung, Wäckerstr. 24. Privattheatergesellschaft „Schneeglockchen“, Abends 8^{1/2} Uhr bei Schulz, Brunnenstr. 118. — Theaterverein Berlin 1870-71, Abends 8^{1/2} Uhr bei Schulz, Brunnenstr. 118. — Theaterverein 1871-72, Abends 8^{1/2} Uhr bei Schulz, Brunnenstr. 118. — Theaterverein 1872-73, Abends 8^{1/2} Uhr bei Schulz, Brunnenstr. 118.

Vergnügungsverein „Italia“ 9^{1/2} Uhr bei Wiedemann, Färberstr. 21. — Vergnügungsverein „Italia“ 9^{1/2} Uhr bei Wiedemann, Färberstr. 21. — Vergnügungsverein „Italia“ 9^{1/2} Uhr bei Wiedemann, Färberstr. 21.

Vergnügungsverein „Italia“ 9^{1/2} Uhr bei Wiedemann, Färberstr. 21. — Vergnügungsverein „Italia“ 9^{1/2} Uhr bei Wiedemann, Färberstr. 21.

Vergnügungsverein „Italia“ 9^{1/2} Uhr bei Wiedemann, Färberstr. 21. — Vergnügungsverein „Italia“ 9^{1/2} Uhr bei Wiedemann, Färberstr. 21.

Vergnügungsverein „Italia“ 9^{1/2} Uhr bei Wiedemann, Färberstr. 21. — Vergnügungsverein „Italia“ 9^{1/2} Uhr bei Wiedemann, Färberstr. 21.

Vergnügungsverein „Italia“ 9^{1/2} Uhr bei Wiedemann, Färberstr. 21. — Vergnügungsverein „Italia“ 9^{1/2} Uhr bei Wiedemann, Färberstr. 21.

Vergnügungsverein „Italia“ 9^{1/2} Uhr bei Wiedemann, Färberstr. 21. — Vergnügungsverein „Italia“ 9^{1/2} Uhr bei Wiedemann, Färberstr. 21.

Vergnügungsverein „Italia“ 9^{1/2} Uhr bei Wiedemann, Färberstr. 21. — Vergnügungsverein „Italia“ 9^{1/2} Uhr bei Wiedemann, Färberstr. 21.

Vergnügungsverein „Italia“ 9^{1/2} Uhr bei Wiedemann, Färberstr. 21. — Vergnügungsverein „Italia“ 9^{1/2} Uhr bei Wiedemann, Färberstr. 21.

Vergnügungsverein „Italia“ 9^{1/2} Uhr bei Wiedemann, Färberstr. 21. — Vergnügungsverein „Italia“ 9^{1/2} Uhr bei Wiedemann, Färberstr. 21.

Vergnügungsverein „Italia“ 9^{1/2} Uhr bei Wiedemann, Färberstr. 21. — Vergnügungsverein „Italia“ 9^{1/2} Uhr bei Wiedemann, Färberstr. 21.

Vergnügungsverein „Italia“ 9^{1/2} Uhr bei Wiedemann, Färberstr. 21. — Vergnügungsverein „Italia“ 9^{1/2} Uhr bei Wiedemann, Färberstr. 21.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Dortmund, 13. Jan. Da das Verbot, auf der Hoberbürg eine Versammlung für Dortmund und dessen Umgegend abzuhalten, wegen des kurzen Zeitraumes wenig bekannt geworden war, kamen heute Nachmittag etwa 3000 Vergleute mit der Eisenbahn und zu Fuß nach der Hoberbürg gezogen. Infolge der Aufforderung der Polizei, auseinander zu gehen, lehnte die Menge unter Hurrarufen nach der Stadt zurück und zog auf den Steinplatz, auf welchem sie sich ebenso wie auf den umliegenden Straßen festzusetzen suchte. Die Polizei schritt wiederholt ein und veranlagte die Menge, auseinander zu gehen. Einzelne Personen wurden verhaftet. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe ist eine starke Polizeimacht aufgedoten.

Paris, 13. Januar. Panama-Projekt. Im weiteren Verlauf der heutigen Verhandlung wurde der Vorstand der Buchhalterei der Panama-Gesellschaft, Hieronymus, über die Bons ohne Namen vernommen. Hieronymus erklärte trotz der Vorhaltungen des Präsidenten und des Staatsanwaltes, die Namen der Empfänger dieser Bons nicht angeben zu können. Nach dem Verhör zweier anderen Beamten der Panama-Gesellschaft, welche ausfragten, sie könnten über die auf Inhaber lautenden Bons keine Auskunft geben, wurde der Finanzier Hugo Oberndorffer vernommen. Derselbe erklärte, er habe für seine Betheiligung an dem Syndikat 1 600 000 Francs und dafür, daß er der Gesellschaft die Idee der Loos-Obligationen lieferte, 2 Millionen erhalten.

(Depeschen des Bureau Herold.)

Belgrad, 13. Januar. Die Behörden haben ein Rundschreiben des radikalen Ausschusses beschlagnahmt, in welchem derselbe seine Parteigenossen auffordert, den Behörden im Nothfalle bewaffneten Widerstand zu leisten.

Briefkasten der Redaktion.

S. 100. 1867/8 p. 1. U. C. Wenden Sie sich schriftlich an die Direktion des betreffenden Instituts.

Termeda. Sie wollen das Statut einsenden, damit man aus demselben das Nöthige erfassen kann.

N. D. G. Vergnügungsvereine unterliegen den Beschränkungen nicht. Der Vorsitzende kann, unter 21 Jahre alt sein. Statuten werden nicht abgestempelt.

D. V. 14. Zu welchem Zweck sind die Baaren geliefert und von wem, von einem Kaufmann?

R. G. 18. 1. Färberingerstr. 17 bei Herzfeld. 2. Das ist sehr bestritten, 3. leider so lange, bis die Kosten bezahlt sind.

Hilfsbrand. Wiederholen Sie Ihre Anfrage, und ist von derselben überhaupt nichts bekannt.

A. Sch., Würzburg. Wir können Ihnen nur empfehlen, das Protokoll durchzulesen.

W. D. Nicht druckfähig.

M. Pippach. Sprechen Sie wegen des Berichtes heute Abend zwischen 7 und 8 Uhr auf der Redaktion vor.

C. R. 44. Nein.

O. S. in W. Der Ehemann haftet für die seiner Ehefrau erwachsenen Gerichtskosten; jedoch ist die Frage in den letzten Jahren von einigen Richtern und Rechtslehrern verneint. Das Kammergericht vertritt den Standpunkt, daß der Ehemann für die Kosten aufkommen müsse.

Urno P. Die neuliche Auskunft war richtig; hat der Richter in Ihrem Falle die Sacheneigenschaft übersehen, desto besser.

R. St. § 100 c der Gewerbe-Ordnung gilt noch. Nr. 4 dieses Paragraphen schreibt vor: Gesellen, welche bereits einer eingeschriebenen Hilfskasse angehören, können, so lange sie an derselben betheiligte sind, zum Eintritte in die entsprechende Unterkunfts-kasse der Innung nicht zugezwungen werden.

R. G., Rannstr. Ein Recht auf Wette für die Zeit vom 20. Dezember bis 1. Februar steht dem Wirth nicht zu, wenn er seit dem 20. Dezember das Betreten der Wohnung verhindert hat.

Briefkasten der Expedition.

Für die Bergarbeiter gehen ferner ein: Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Reichstagswahlkreises 500 M. Von den sächsischen Bergarbeitern I. Rate 300 M. Gesammelt bei H. u. S. Wäckerstr. 6, 500 M. Summa 812,50 M. Bereits quittirt M. 222,90. — In Summa M. 1035,40.